Klassenkampf

Am 24. April wählt nur Kommunisten Liste 4!

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchtenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank bei Gauleitung Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchtenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 20. April 1932 | 12. Jahrgang Nr. 92

Der „Arbeiterführer" Hitler ohne Maske

Hitler will Severing an die Regierung lassen!

Halle, 20. April.

Hitler wird Hitler nach Halle kommen. Er wird sich hier besonders als „Arbeiterführer" aufspielen. Wir berichteten bereits vor einiger Zeit darüber, wie dieser „Arbeiterführer" zu leben pflegt. Wir veröffentlichten aus dem Hotel „Kaiserhof", dem ersten Hotel Berlins, eine Rechnung, deren Original wir heute wiedergeben. Deshalb geben, weil die Nazis dreist und frech wie immer bei solchen Gelegenheiten die Echtheit dieser Rechnung abgestritten hatten. Ja, der „Arbeiterführer" Hitler hatte sogar in seinen bombastischen Erklärungen, die er um den Kragen herumgingen, eine Klage gegen ein Berliner Blatt, welches dieses Rechnung veröffentlichte, anzustrengen. Das Blatt hat bis heute, trotz der Berichtigung noch die Klageschrift von Hitler erhalten. Nunmehr hat dieses Blatt einen Klageschrift von Hitler angedroht und Hitler beim Gericht in Berlin daraufhin verboten, die Behauptung zu verbreiten, das Montagsblatt gelogen. Das Blatt wird jetzt vor Gericht den Wahrheitsbeweis für die Luxusgelüstes Hitlers und seiner Kumpane im „Kaiserhof" antreten.

Es sagt ihr dazu, ihr hunderte Arbeitslosen, ihr herausgeworfenen Angestellten, daß er mit seinem Stab in diesem Hotel ausgegeben hat für zwölf Personen 2830 Mark, für Frühstück 276 Mark. Für die Mahlzeiten 600 M., für Bier ein 208 Mark usw. Insgesamt eine Summe von 4048 Mark. Es aber zu, was sonst noch über den „Arbeiterführer" und Arbeiterpartei" in den letzten Jahren bekannt wurde:

Riesenbetrüger und Schuldtrustkönig Kreuger seit dem Jahre 1929 den direkt und indirekt Parteiliche Geldsummen und Zuwendungen. Man fand unter den Papieren des Zündhölzkönigs eine von Adolf Hitler selbst unterschriebene Quittung über 100 000 Mark.

Es nicht interessant, daß bei dem neuen Deutschlandflug, der ihn auch nach Halle bringt, Hitler mit einer großen Luxusmaschine fährt? Ist es nicht interessant, daß bei dem ersten Flug zum zweiten Präsidentenwahlgang mit Hitler ein Herr Delmer, Korrespondent des „Daily Expreß", flog, jener englischen Zeitung, die die Auflösungsorder Hindenburgs gegen die SA schon 24 Stunden vor der Unterschrift abdrucken konnte. Ist es nicht interessant, daß der Finanzier des Verlags dieser Zeitung ausgerechnet Herr Henri Deterding, der König des bekannten Weltölkonzerns Royal Dutch ist? Ist es nicht interessant, daß dieser Deterding der wütendste Hasser der Sowjetunion und dieser Hitler der „Retter der Zivilisation vor dem Bolschewismus" ist?

Hitler ist ein Söldling des internationalen Finanzkapitals und seine Bewegung wird von diesem ebenso finanziert wie von den deutschen Schwerindustriellen. Hitler denkt nicht daran, die Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig zu machen oder den Versailler Vertrag zu zerreißen. Er sagte am 13. März 1932 zu dem bekannten amerikanischen Journalisten Knickerbocker:

„Die Notverordnungen sowohl wie der Versailler Vertrag haben Tatsachen geschaffen, die man nicht einfach dadurch abändern kann, daß man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zerreißt."

Die Kreise, die Hitler finanzieren, wissen, daß sie sich auf ihn verlassen können. Das Ziel wird bald erreicht sein für die Bourgeoisie, was der Sozialdemokrat Severing in die Worte zusammenfaßte:

„Ich wünschte, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von ernsten politischen Köpfen. Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Ueberzeugung, daß wir der Mitarbeit der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberstehen."

Nur wo Kommunisten regieren,

wie in der Sowjetunion, ist der Faschismus vernichtet und für alle Zeiten geschlagen. Aber in Preußen, wo Braun und Severing seit 13 Jahren regieren, können sich heute Hitler und die anderen Kapitallakaien breitmachen. Nur der stärkt die rote antifaschistische Kampffront, der mit den Kommunisten kämpft!

Wählt Kommunisten, Liste 4!

HOTEL KAISERHOF
BERLIN W 8

RECHNUNG

Aufrechnung März 1932

10 Zimmer für 10 Tage		2930
Täglich 18 à 2,30 = 29.40		276
84 à 5.- = 420		600
10 Tage, Spezialbehandlung beilegend		208
siehe Sonderrechnung		
Auf Konsumation 10% Bed.		25.60
		108.42
		40.40

Reklamationen können nur innerhalb 8 Tagen berücksichtigt werden

Hitler — Scheringer

Adolf Hitler: Nationalsozialistische Arbeitnehmer und nationalsozialistische Arbeitgeber sind beide Beauftragte und Sachverwalter der gesamten Volksgemeinschaft.

(„Völkischer Beobachter", 2. April 1932.)

Richard Scheringer: „Schöne Volksgemeinschaft, wenn der eine im Mercedes nach Arosa fährt und die andern in den Mietkasernen verhungern. Wir Kommunisten wollen, daß die Herrschaften im Mercedes weggewischt werden, damit das Volk seine Kräfte entfalten kann!"

Riesenaufmarsch der KPD im Berliner Lustgarten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. April 1932.

Einem glänzenden Auftakt für die Preußenwahl wurde die gestrige Kundgebung der KPD im Lustgarten. Die Mai-Demonstration vor einem Jahre ist die Arbeiterschaft nicht wieder in so mächtigen Massen aufmarschiert wie am 150 000 hatten sich unter einem Meer von roten Fahnen versammelt. Diese Kundgebung stellte alle Aufmärsche Hitlers und der „Eisernen Front" weit in den Schatten.

Mittelpunkt der hämmernden Ansprachen stand der Aufruf zur Abrechnung mit dem Braun-Severing-Regime am kommenden Sonntag. Diese mit großer Begeisterung und Geschlossenheit durchgeführte Riesendemonstration der KPD ein Schlag gegen die SPD-Führer und ihre kapitalistischen Auftraggeber, die unaufhörlich vom Niedergang der KPD schwatzen.

Sozialdemokratischer Amtsvorsteher löst kommunistische Wahlversammlung auf

Halle, 20. April.

Ein politischer Skandal sondergleichen spielte sich gestern abend in Burgenberg ab. In einer in der vergangenen Woche abgehaltenen SPD-Wahlversammlung, in der der sozialdemokratische Regierungspräsident Dr. Harnack gesprochen hatte, hatte der SPD-Amtsvorsteher Stade unseren in dieser Versammlung nicht anwesenden Genossen Behnke auf Grund einer früheren Versammlung in einer Weise angegriffen, die wir von den sozialdemokratischen Führern schon gewöhnt sind.

Gestern abend sollte in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung der KPD der Genosse Behnke öffentlich auf diese Angriffe antworten. Stade war wieder anwesend, beteiligte sich zunächst mit Zwischenrufen und als er unter dem stürmischen Beifall der Versammlung die richtigen Antworten erhielt, erteilte er in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher dem Genossen Behnke eine Verwarnung nach der anderen, mit dem offensichtlichen Zweck, die Versammlung zur Auflösung zu bringen. Als dies nicht gelang, nahm er einen harmlosen Zwischenruf eines Versammlungsbesuchers zum Anlaß, um der Polizei die Anweisung zur Auflösung der völlig ruhig verlaufenen Versammlung zu geben, die in musterhafter Disziplin fast zwei Stunden unter großem Beifall die vernichtende Abrechnung mit angehört hatte. Die Empörung war ungeheuer. Am 24. April wird abgerechnet werden.

Die Generalversammlung der IG-Farbenindustrie hat soeben beschlossen, 7 Prozent Dividende auf ein erheblich zusammengeschrumpftes Aktienkapital auszuschütten. Wir kommen auf den IG-Farbenabschluß noch zurück.

Aus dem heutigen Inhalt

Neuer Schlag Severings gegen Antifaschisten

Androhung des Verbots des Kampfbundes gegen den Faschismus

Im ganzen Reich die Haussuchungen erfolglos

Hamburger SPD-Arbeiter rufen zur Wahl der KPD

(Eig. Bericht.) Hamburg, 20. April.

Elf Hamburger SPD-Arbeiter, die alle langjährige Mitglieder der Sozialdemokratie sind und trotzdem von der Leitung der Konsumgenossenschaft „Produktion" auf die Straße geworfen wurden, haben an unser Bruderblatt, die „Hamburger Volkszeitung", ein Schreiben gerichtet, in dem sie zur Wahl der KPD aufrufen. Sie kennzeichnen die kapitalistische Praxis der sozialdemokratischen Genossenschaftsführer und fordern alle Arbeiter auf, den verräterischen SPD-Führern den Rücken zu kehren und am 24. April ihre Stimme der Partei der revolutionären Arbeiter, der KPD, zu geben. Der Aufruf ist von 11 sozialdemokratischen Arbeitern unterzeichnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0001

So sieht Severings „Kampf" gegen den Faschismus in Wirklichkeit aus:

In ganz Preußen Aktion gegen Antifaschisten

SPD verfolgt Kämpfer gegen Hitler
Antwortet am Sonntag: Wählt Liste 4

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. April.

Am Dienstag vormittag wurden in Berlin und in ganz Preußen auf Anweisung Severings die Büros des Kampfbundes gegen den Faschismus, der roten Arbeiter-Sportorganisationen, des Kommunistischen Jugendverbandes und teilweise auch die Parteibüros der KPD besetzt. Bei Tausenden von Funktionären der roten Sportler und Antifaschisten fanden Haussuchungen statt. Der vorgeschobene Grund dieser Aktion war die Behauptung, daß in den angeführten Organisationen der Rote Frontkämpferbund getarnt sei. Die Aktionen gegen die roten Arbeiterorganisationen verliefen, wie nicht anders zu erwarten war, völlig ergebnislos. Mit dieser Maßnahme des Ministers Severing wird erneut unsere Voraussage bestätigt, daß das Scheinverbot der SA der Vorwand zu einer großartigen Verfolgungsaktion gegen die Organisationen der revolutionären Arbeiterschaft ist.

Ergebnislos!

Wenn die Bourgeoisie und ihre Sozialdemokratie hofften, mit dem Ergebnis der Haussuchungen eine große Wahlbombe gegen die Kommunistische Partei platzen lassen zu können, so sehen sie sich bitter enttäuscht. Selbst die Hugenbergsche Telegraphenunion mußte das gestern nachmittag zugeben.

Auch im Bezirk Halle-Merseburg fanden diese Haussuchungen überall statt. Wie wir gestern bereits mitteilten, wurde sogar das Parteihaus in Halle durchsucht. Im gesamten Bezirk Halle-Merseburg wurde außer einigen alten Zeitungen und Broschüren ebenfalls nicht das geringste gefunden. Wie uns mitgeteilt wird, haben Haussuchungen sogar in zahlreichen Fällen ohne Anwesenheit der betreffenden Genossen stattgefunden. Trotzdem wurde überall in der schärfsten Weise vorgegangen.

SPD-Arbeiter, die Augen auf!

Jetzt seht ihr selbst, wie eure Führer gegen den Faschismus „kämpfen". In dem Augenblick, wo die Hitlerbanden weiter Blutrat auf Blutrat gegen kommunistische und Reichsbanner-Arbeiter häufen, läßt Severing die Polizei in die Arbeiterhäuser eindringen, läßt Severing die besten antifaschistischen Kämpfer verfolgen. Das ist ein direkter Liebesdienst für Hitler.

Das „Berliner Tageblatt" muß das gestern abend auch zugeben; es schreibt:

„Das Vorgehen der Polizei gegen kommunistische Organisationen steht in einem gewissen Zusammenhang mit dem Verbot der SA. Denn nach der Ausführung dieses Verbotes war von nationalsozialistischer Seite behauptet worden, daß es bei den Kommunisten noch immer ähnliche Formationen gäbe, daß insbesondere der Kampfbund gegen den Faschismus nichts weiter sei als eine Fortsetzung des vor mehreren Jahren verbotenen Roten Frontkämpferbundes. Durch die heutige Aktion soll nun festgestellt werden, ob diese Behauptungen richtig sind."

*

Alle Versuche der bürgerlichen Presse, die Polizeiaktion Severings damit zu erklären, daß rote Sportorganisationen oder der Kampfbund im Verdacht ständen, Deckorganisationen für den RFB zu sein, können die wahren Absichten Severings nicht verschleiern. Die gestrige Aktion liegt in der Linie des allgemeinen Verbots-Feldzuges der Groener und Severing.

Es ist schon so, mit der Redensart vom „Kampf gegen rechts", die die sozialfaschistische Presse täglich hinausschreit, wird nur, wie schon immer, ein neuer Anschlag gegen die Rechte der Arbeiterschaft eingeleitet.

Diese Tatsache muß in allen Betrieben und Arbeitsämtern, in allen Versammlungen und Arbeiterwohnungen bekannt werden. Die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten und sonstigen Staatsbeamten führen den faschistischen Kurs gegen die Arbeiterklasse durch. Hitler und Braun-Severing müssen zusammen geschlagen werden.

Gebt am Sonntag Severing, Braun und Hitler die erste Quittung. Wählt Liste 4!

Ein ernster politischer Fehler

Beschluß der BL der KPD Baden-Pfalz

(Eig. Drahtm.) Mannheim, 19. April.

Die badische Landtagsfraktion der KPD hat nach den Berichten der bürgerlichen und SPD-Zeitungen im Landtag den Antrag gestellt, das Reichsbanner und Stahlhelm und den Wernwolf aufzulösen.

Die Bezirksleitung der KPD nahm Stellung zum Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion auf Verbot des Reichsbanners, der ohne ihr vorheriges Wissen erfolgte, und veranlaßte, daß dieser Antrag sofort zurückgenommen wurde.

In einer ausführlichen öffentlichen Erklärung der Bezirksleitung heißt es u. a.:

„Die kommunistische Landtagsfraktion beging den schweren Fehler, die Kennzeichnung, d. h. auf die Führer des Reichsbanners und auf das Reichsbanner als Organisation zutrifft, automatisch auf die Reichsbannerarbeiter zu übertragen.

Die Bezirksleitung der KPD liquidiert mit revolutionärer Entschlossenheit den von der kommunistischen Landtagsfraktion gemachten Fehler. Sie erklärt den antifaschistisch gesonnenen Reichsbannerarbeitern die brüderliche Bereitschaft nach wie vor, im wahrhaften Massenkampf und in roter Einheitsfront gegen den ungeschlagenen Hitler-Faschismus zusammenzustehen und sie von der Rolle der Sozialdemokratie als Zwillingsbruder des Nationalsozialismus durch ihre eigenen Erfahrungen zu überzeugen."

Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung des Badischen Landtags verlas der Abgeordnete Boch (Kommunist) eine Erklärung, daß die Bezirksleitung der KPD Baden-Pfalz den Antrag der Fraktion betr. Verbot des Reichsbanners usw. als einen schweren politischen Fehler bezeichnet und die Zurückziehung veranlaßte. Abgeordneter Lechleiter wird seines Postens als Fraktionsvorsitzender der KPD enthoben.

Freche SPD-Wahllüge

Die unwiderlegbare Tatsache, daß die Hitler-Partei und andere konterrevolutionäre Banden von dem Zündholzkönig und Großfälscher Ivar Kreuger finanziert wurden, ist den Kapitalisten äußerst unangenehm. Darum schickt die Bourgeoisie prompt wieder ihre sozialfaschistischen Lakaien vor zu einem niederträchtigen Ablenkungsmanöver. So bringt die sozialfaschistische Presse gestern die plumpe und freche Lüge, daß die Kommunistische Partei Schwedens ebenfalls von Kreuger mit einer Summe von 125 000 Kronen finanziert worden sei.

Selbstverständlich ist daran nicht ein Wort wahr. Wahr ist folgendes, daß ein vor drei Jahren mit einer sowjetfeindlichen konterrevolutionären Gruppe aus der Kommunistischen Partei Schwedens und aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossener Renegat Klibom, der mit seinem Grüppchen etwa dieselbe Rolle wie die Brandlergruppe in Deutschland spielte und sich mit Unrecht den Namen kommunistische zugelegt

Stahlhelm gegen Reichsbanner-Verbot

Wie die „Frankfurter Zeitung" heute morgen mitzuteilen weiß, hat bezeichnenderweise der Stahlhelm gestern eine offizielle Erklärung herausgegeben, in der sich dieser, Herrn Hugenberg so nahestehende Bund der Frontsoldaten mit aller Deutlichkeit gegen ein von der Rechtspresse seit Tagen geforderstes Verbot des Reichsbanners ausspricht.

[illegal], nicht nur von Kreuger, sondern auch von anderen in seinem Kampf gegen die Kommunistische Partei finanziert worden ist.

Wir sind überzeugt, daß kein denkender Arbeiter Ablenkungsmanöver der Sozialfaschisten zugunsten [illegal] listen hereinfallen wird.

Roter Reichswehrsoldat in den [illegal] getrieben

(Eig. Bericht.) Leipzig, [illegal]

Der Obergefreite der Reichswehr, Genosse Wilhelm [illegal] aus Hannover, der am 13. April vom 4. Strafsenat [illegal] gerichts nach einjähriger Untersuchungshaft zu zwei Jahren [illegal] haus verurteilt worden ist, hat drei Tage nach der Verkündung dieses ungeheuerlichen Urteils in seiner Gefängniszelle [illegal] mord durch Erhängen verübt.

Der rote Reichswehrsoldat, Genosse Gremmler, bekanntlich im Waffenrock nicht vergessen, daß er zur proletarischen [illegal] gehört. Die Anklage hatte behauptet, daß Gremmler, [illegal] Reichswehrsoldat, Mitglied des verbotenen Roten Frontkämpferbundes ist. Ein Jahr saß Genosse Gremmler hinter den [illegal] Fenstern dieser Republik. Er hatte sicher erwartet, endlich [illegal] gesetzt zu werden. Aber der 4. Strafsenat des Reichsgerichts [illegal] urteilte ihn wegen seiner kommunistischen Gesinnung zu [illegal]

Der Weg, den Genosse Gremmler beschritten hat, [illegal] der richtige. Die revolutionäre Arbeiterklasse braucht [illegal] Reihen solche kühne Kommunisten, wie es Genosse Gremmler [illegal] Sein Tod befreit die Bourgeoisie nur von einem unbequemen kommunistischen Feind.

SAP-Ortsgruppe kommt zur KPD

In Steinbach (Taunus), erklärte der Kassierer der Ortsgruppe, Genosse Lenz, in einer Versammlung im Auftrage der gesamten Ortsgruppe den Uebertritt aller Genossen zur Kommunistischen Partei. In dem kleinen Ort [illegal] 7 Mann der SAP an.

Der Uebertritt dieser Genossen zur KPD ist ein [illegal] Stimmung in den Reihen der SAP-Arbeiter, die [illegal] der Führer dieser konterrevolutionären Filiale der [illegal] mehr mitmachen.

Im Reichsinnenministerium wird eifrig an dem [illegal] men einer Aufsorgorganisation für alle Wehrverbände [illegal] bei der die Jugendlichen zum Arbeitsdienst und zu [illegal] Uebungen herangezogen werden sollen.

Die preußische Regierung hat für die letzten Tage [illegal] funk ausschließlich für sich zur Wahlpropaganda [illegal] Wir haben selbstverständlich nichts anderes erwartet.

In Bremen kam es anläßlich des Reichsverbots [illegal] dem Arbeitsamt zu großen Kundgebungen, die von [illegal] aufgelöst wurden.

Arbeiter entscheidet für ein rotes Preußen

Die sozialdemokratischen Führer buhlen wieder mit demagogischen und betrügerischen Agitationsphrasen um eure Stimme. „Dem Vater Arbeit, den Kindern Brot" versprechen sie euch, wenn Braun und Severing wählt. Krampfhaft versuchen sie euch von der Tatsache abzulenken, daß SPD.-Führer schon 14 Jahre in Preußen regieren. Denkt darüber nach, was euch die Braun-Severing während ihrer Regierungszeit gebracht haben, und vergleicht damit was dort, wo die Kommunisten regieren, was in der Sowjetunion geschaffen wurde.

In Braun-Severing-Preußen
Wo Sozialdemokraten regieren

wird die Notverordnungsdiktatur der kapitalistischen Brüning-Groener-Regierung mit ihren katastrophalen Folgen für die Werktätigen rücksichtslos durchgeführt.

Im Severingpreußen

liegen über 1 Millionen erwerbslose Männer und Frauen auf der Straße. Viele Millionen Arbeiter müssen kurzarbeiten und verdienen dabei kaum das trockene Brot.

In Severing-Preußen

wurden durch Notverordnungsdiktate und Schiedssprüche sozialdemokratischer Schlichter die Löhne und Gehälter tausendfach gekürzt, so daß die Arbeiter und Angestellten, trotzdem sie arbeiten, ein Hungerdasein führen müssen.

In Severing-Preußen

wurden die Hungerunterstützungen der Erwerbslosen und Invaliden radikal gekürzt. Der Wohlfahrtsetat für das Jahr 1932 wurde um 148 Millionen gegenüber 1931 gekürzt. Ehemalige Fürsten und sonstige adlige Faulenzer erhalten aber über 11 Millionen Mark Renten, und die Kirche erhält als Zuschuß für die Gehälter der Geistlichen 57,7 Millionen Mark.

In Severing-Preußen

wurde das ganze Gesundheitswesen, die Fürsorge für die Kranken, für Mutter und Kind radikal abgebaut. Für die Kinderspeisung hat die sozialdemokratische Regierung nur noch 250 000 Mark, für die Bekämpfung der Tuberkulose nur noch 150 000 Mark und für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit nur noch 177 500 Mark übrig.

In der Sowjetunion
Wo Kommunisten regieren

gibt es keine Notverordnungen zur Erhaltung eines [illegal] Kapitalismus. Es gibt keine Kapitalisten, keine [illegal] mehr, es wird der Sozialismus aufgebaut.

In der Sowjetunion

gibt es keine Erwerbslosen, weil die Fabriken, die [illegal] alle Produktionsmittel in den Händen der Arbeiterklasse [illegal]

In der Sowjetunion

wurden in den letzten elf Monaten die Reallöhne [illegal] schnittlich 16 Prozent erhöht. Die Löhne in den [illegal] Industriezweigen sind sogar um 25 bis 27 Prozent gestiegen [illegal] allen Zweigen der Volkswirtschaft steigen die Löhne fortlaufend.

In der Sowjetunion

wird die soziale Fürsorge, die jetzt schon um ein [illegal] besser ist wie in den kapitalistischen Staaten, mehr [illegal] ausgebaut. Der Etat für die Sozialversicherung [illegal] Jahre 1931 um 550 Millionen Rubel erhöht. Im [illegal] wird der Etat sogar um mehr als 1 Milliarde weiter [illegal] werden.

In der Sowjetunion

erhält der Arbeiter während der ganzen Dauer seiner [illegal] den vollen Lohn. Die schwangere Frau erhält drei [illegal] vor und drei Monate nach der Entbindung bezahlten [illegal] laub. Die schönsten Paläste der versagten Bourgeoisie [illegal] Kinderheime und Sanatorien eingerichtet. In den [illegal] und Erholungsheimen waren 1928 bis 1929 [illegal] 1,6 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen untergebracht [illegal] diesem Jahr sind 2,3 Millionen vorgesehen.

Das sind nur einige Beispiele. Aber sie sprechen eine zwingende Sprache. Es sind Tatsachen, die durch keine noch so gerissene Agitation der SPD.-Führer aus der Welt schaffen lassen. Keinem Werktätigen, keinem Arbeiter, keinem Erwerbslosen, keinem Manne, keiner Frau, kann es mehr [illegal] fallen, die Entscheidung zu treffen. Der Platz des werktätigen Mannes und der werktätigen Frau ist nicht an der Seite der verräterischen SPD.-Führer, sondern ihr Platz ist in der roten Einheitsfront der Seite der Kommunistischen Partei.

Nicht mit Braun und Severing, nicht mit der SPD. tiefer in Not und Elend, sondern mit der [illegal] vorwärts zur Eroberung der Macht durch das Proletariat, zum Sozialismus, für ein rotes Preußen im freien, sozialistischen Rätedeutschland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0002

Verrat unwirksam!

Der tschechische Heldenkampf ein internationales Streikbeispiel — Ueber aktive Solidarität

Prag, 19. April. Trotz der durch argen Polizeiterror unterstützten Streikbruchaktion der Reformisten und der Faschisten geht der Streik im Brüxer Revier auf allen großen Schächten hundertprozentig weiter. Lediglich auf einigen kleineren Zechen sind, wie die bürgerliche Presse mit offenen Wutausbrüchen feststellt, kaum Prozent der Belegschaften den Verräterparolen gefolgt. Bei den Streikenden selbst herrscht große Begeisterung über die Geschlossenheit ihrer Aktion.

Im Ostrauer Revier ist zu den streikenden 18 Gruben eine weitere Zeche dazugekommen.

Die Regierung hat den Kurierapparat der Zentralstreikleitung verboten und den Polizisten Anweisung gegeben, jedem Fahrer den Fahrradmantel anzuschlitzen, sowie der Verdacht besteht, daß er für den „ungesetzlichen" Streik tätig ist.

Die aktive Solidarität hat weiter gute Fortschritte. Die Grottauer Bergwerke führten einen einstündigen Proteststreik durch. In Reichenberg wurde durch eine Riesendemonstration die Freilassung der verhafteten Parteiführer erzwungen.

Polnische Arbeitslose fordern Brot

Warschau, 18. April. In Gedzisk versammelten sich die Arbeitslosen vor dem Rathaus und versuchten ihre Forderungen auf zusätzliche Unterstützung vorzutragen. Als Polizei anrückte, wurde sie mit einem Steinhagel empfangen. Es kam zu einem schweren Feuergefecht, wobei ein Arbeiter schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Zwei durch Steinwürfe verwundete Polizisten wurden weggeschafft.

Aktionen gegen imperialistischen Krieg!

Aufruf des Einheitskongresses der Kohlenarbeiter Europas.

Bergarbeiter, Kameraden! Der Weltimperialismus bereitet zu einem neuen Weltkrieg, zur Neuverteilung der Erde unter großen kapitalistischen Mächten vor. Schon hat im Einverständnis mit den führenden Mächten des Völkerbundes Japan China mit Krieg überzogen und versucht durch täglich wachsende Provokationen die Sowjetunion in den Krieg zu hetzen. Es will für die anderen imperialistischen Verschwörer die günstige Gelegenheit zum gemeinsamen Ueberfall auf das sozialistische Vaterland herbeiführen. Der verfaulende Kapitalismus will durch den Krieg gegen die Sowjetunion sich selbst eine neue Galgenfrist verschaffen. Die Imperialisten hoffen durch die Niederwerfung der Sowjetunion auch ihren eigenen Arbeitern die vernichtende Niederlage zu bereiten. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz wurde Litwinow, der Vertreter der Sowjetunion wegen seiner Rede für den Frieden und seiner Vorschläge zur Abrüstung von den Wortführern der Imperialisten verhöhnt.

An der Front der wildesten Kriegshetzer gegen die Sowjetunion sehen wir die Führer der Amsterdamer und der nationalen Gewerkschafts-Verbände. Die verräterischen Führer dieser Organisationen bemühen sich nach Kräften, Reiter des kapitalistischen Unterdrückungssystems zu sein.

Mit den Losungen „Krieg bringt Arbeit", „Der Krieg macht die Geldtasche der Arbeiter voller", verlocken sie die Arbeiter, aktiv an der Erzeugung und dem Transport von Kriegsmaterial, mit dem die Werktätigen Chinas ermordet werden und der Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion eröffnet werden soll, teilzunehmen. Während alle anderen Industriezweige immer mehr zum Stillstand kommen, wächst die Rüstungsindustrie von Tag zu Tag, wird in den Großwerken der Kriegsproduktion Tag und Nacht gearbeitet und Ueberstunden gemacht. Heute wird der Arbeiter mit dem verbrecherischen Weckruf, „Krieg bringt Arbeit", von der Verteidigung seiner Klasseninteressen weggelockt, morgen wird man ihn in die Uniform stecken und als Kanonenfutter auf die imperialistischen Schlachtfelder schleppen.

Kapitalistischer Krieg bringt nicht Arbeit, sondern Sklaverei und Tod für die Arbeiterklasse.

Auch die Kohlenarbeiter werden an verschiedenen Plätzen für Kriegslieferungen mobil gemacht. Der fortgesetzte Lohnabbau und gesteigerte Entlassungen sollen den Bergarbeiter mürbe und kriegsbereit machen.

Das imperialistische Komplott gegen den Frieden, gegen die Sowjetunion und die Arbeiterbewegung muß an den Gegenaktionen der Arbeitermassen zerschellen. Gegen den imperialistischen Krieg kann man nicht mit leeren Phrasen kämpfen. Wer den imperialistischen Krieg verhindern will, muß täglich gegen die kapitalistischen Unterdrücker kämpfen.

Heute gilt mehr als je das Wort von Karl Liebknecht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Lande".

Darum muß die revolutionäre Bergarbeiterschaft mit größter Energie an der Ausrichtung der proletarischen Einheitsfront arbeiten, um mit ihr auf jedem Schacht, in jedem Revier, in jedem Land alle Angriffe auf ihre Lebensexistenz zurückzuschlagen. Die Offensive der Arbeiter zur Erkämpfung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit, gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Entlassungen ist nicht nur der Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit, sondern auch der Weg zu Frieden und Sozialismus.

Der Einheitskongreß der Bergarbeiter Europas gelobt, mit aller Energie die Massen für diesen Kampf zu mobilisieren. Er fordert alle Bergarbeiter auf, sich diesem Kampf anzuschließen.

Landarbeiterstreik gegen Lohnraub

Warschau, 19. April. In den westlichen Wojewodschaften kam es gestern zu einem großen Streik der Landarbeiter fast aller Güter gegen die geplante generelle Lohnherabsetzung.

Japanisches Munitionsdepot explodiert

Tokio, 19. April. In einem Außenbezirk von Tokio ist in den frühen Morgenstunden heute ein Munitionsdepot der japanischen Armee in die Luft geflogen. Durch den Luftdruck wurden Häuser teilweise zerstört. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen. Ueber die Ursache verlautet noch nichts.

Rote Armee im Vormarsch

Schanghai, 19. April. Die Rote Armee in Südkiangsi hat das in der Nähe von Amoy gelegene Lungnan eingenommen und befindet sich weiter im Vormarsch. Die bürgerlichen Berichte müssen das disziplinierte Auftreten der chinesischen Nationaltruppen und den Jubel, mit dem sie von der Bevölkerung begrüßt werden, hervorheben.

Mukden, 19. April. Japan streut Gerüchte über Zusammenziehung starker chinesischer Banditentrupps nördlich Charbin und Sachalsan aus, um einen Vorwand zu haben, mit noch größerer Truppenmacht sich den Grenzen zu nähern. Das japanische Kriegsministerium hat Anweisung gegeben, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um diese Truppen zu vernichten.

1. Mai im Lande des Sozialismus

Moskau, 18. April. In der ganzen Sowjetunion, in den Fabriken, Sowjetgütern, Kollektivwirtschaften, in den Sowjet-, Partei-, Gewerkschafts- und anderen Organisationen werden bereits rege Vorbereitungen für das internationale proletarische Fest getroffen, das in der Sowjetunion bekanntlich während zweier Tage — am 1. und 2. Mai — gefeiert wird.

In Moskau sind die Vorarbeiten für die künstlerische Ausschmückung der Stadt in vollem Gange. Die Pläne der Ausschmückung der Moskauer Plätze wurden bereits bestätigt. Die Ausschmückung der Moskauer Stadtteile wird die internationale proletarische Solidarität und den sozialistischen Aufbau veranschaulichen und gleichzeitig die Leistungen der betreffenden Stadtteile auf sämtlichen Gebieten der Volkswirtschaft und der Kultur in ihren Grundzügen zum Ausdruck bringen. Besonders bemerkenswert ist der „Aufmarsch der Giganten", der auf einem der größten Plätze Moskaus die großen Neubauten der Sowjetunion durch plastische Darstellungen veranschaulichen soll. In Moskau wird der Besuch einer großen Anzahl ausländischer Arbeiter erwartet. In Anbetracht dessen werden auf dem Roten Platz und an anderen Stellen Transparente und künstlerische Plakate in deutscher, englischer, türkischer und chinesischer Sprache aufgestellt.

Wahlsieg der KP. Oesterreichs

Wien, 19. April. In St. Pölten, der zweitgrößten niederösterreichischen Industriestadt, wurden die Gemeindewahlen durchgeführt, deren Ergebnis für die am Sonntag stattfindenden Wahlen nicht ohne Folgen sein wird. Das Resultat ist folgendes: Sozialdemokraten 11 544 (13 023), 23 Mandate (26); Christlichsoziale 5817 (6305), 12 Mandate (13); Nationalsozialisten 3333 (650), 6 Mandate (1); Kommunisten 627 (185) 1 Mandat (—).

Demnach ist es den Kommunisten gelungen, ihre Stimmenzahl mehr als zu verdreifachen. Wenn man obige Ziffern mit dem Zahlenverhältnis, das die Gemeinderatswahlen im Jahre 1930 ergaben, vergleicht, so ergibt sich das Resultat, daß die Nationalsozialisten bei weitem nicht in diesem Ausmaß gewonnen, und daß der stärkste Stimmenzuwachs bei den Kommunisten zu verzeichnen ist. Der Erfolg der Nationalsozialisten geht vor allem auf Kosten der Sozialdemokraten. Aus den Ziffern geht klar hervor, daß Tausende sozialdemokratische Arbeiter, die von ihren Parteiführern in die Ausweglosigkeit getrieben wurden, nationalsozialistisch gewählt haben.

173 Goldfässer nach Frankreich

Zu Wochenbeginn sind aus Amerika 173 Goldfässer in Frankreich eingetroffen. Der Wert des Goldes beträgt 280 Millionen Franken. Das Gold stammt aus Guthaben bei amerikanischen Banken, die die französischen Kapitalisten aus Besorgnis vor einer Entwertung des Dollars abgezogen haben.

Größte Bank Jugoslawiens zusammengebrochen

Belgrad, 19. April. Die erste kroatische Sparkasse in Agram, deren Einlagen 3 Milliarden Dinar gleich 225 Millionen Mark betragen, ist zusammengebrochen. Der Zusammenbruch der Bank ist vor allem durch den völligen Bankrott der jugoslawischen Industrie verursacht. Millionen von kleinen Sparern sind schwer geschädigt.

Kurze Auslandsnachrichten

In Süd-Peru ist nach Blättermeldungen eine Revolte der verelendeten Farmer ausgebrochen.

Im Irak sind schwere Unruhen gegen die englische Bedrückung ausgebrochen. Englische Bombenflieger wurden eingesetzt.

Die Regierung in Neuseeland will zur Bekämpfung des Generalstreiks und der Arbeitslosenaktionen ein Sonderstrafgesetz annehmen, das sofort in Kraft treten soll.

In Pamplona in Spanien fanden schwere Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Monarchisten statt, wobei zwei Personen getötet wurden.

Frauen führen Krieg

von Emma P. Dornberger

Copyright by „Rote Fahne", Berlin, 1932

Fortsetzung.

Sie fühlte ein paar Mark in der Tasche und hielt die Fahrkarte in der Hand. Ein bärtiger Landsturmmann verfluchte das Pech.

Sie wurde ihr erst bewußt, daß ein neuer Abschnitt ihres Lebens begann. Die Aufregung und der mittlerweile leere Magen machten sie ein wenig nervös.

„Fröhliches Pfeifen!

Plötzlich hält der Zug. „Trier? — Sind wir schon in Trier?" Verletzte heulten ohrenzerreißend durch die Nacht. Was war los? Alles schrie durcheinander: „Ein Fliegerangriff! Ein Fliegerangriff!"

Als sie die Aufregung der anderen bemerkte, wurde sie ruhig. „Mutter, das kennt man schon", sagte sie geringschätzig zu ihrer Mutter, die ganz wild herumfuchtelte.

Sie wurden in einen bombensicheren Unterstand gebracht. Stunden saßen sie da, zusammengedrückt wie ängstliche Hasen — während draußen feindliche Flieger die Stadt bombardierten. Es knallten Schüsse. Es ratterten Maschinengewehre. „Ist die Fliegerabwehr", sagte jemand. Sie hörten das Dröhnen und Brummen und ab und zu erschütterten fürchterliche Explosionen die Luft. Die Frauen kreischten und zitterten wie Espenlaub.

Als die Gefahr vorüber war und sie wieder hinaus kamen, sah man davon, daß nahe am Bahnhof in einem Hotel eine Bombe eingeschlagen habe und daß die Erde, der Keller und das Erdgeschoß mit Stockwerk aufgerissen sei.

Es war der erste Vorgeschmack von dem, was draußen geschehen konnte.

Sie fuhren weiter. Ein Sanitäter begleitete den Zug und kam des Öfteren in das Abteil der Mädchen.

„Kleinlöschchen gefällig, meine Damen", witzelte er. „Nehmen Sie nur, das ist keine Gasgranate!"

Die Mitreisenden waren vornehme Bürgerstöchter. Ihre Väter Offiziere — Inhaber von Fabriken. Sie hatten es wohl kaum nötig, des Geldes oder des Essens wegen hinauszufahren. Nein, sie wollten etwas anderes. Etwas erleben! Wie schön mußte es sein, die Helden des Vaterlandes aus nächster Nähe zu sehen und ihnen gar mit helfen zu dürfen. Heldentum, das war ein Begriff, verbunden mit Orden und Ehrenzeichen. Und nicht nur das. Man liebt den Helden nicht nur wegen seines Ordens, sondern weil er ein starker Mann ist. Die Mädchen waren mannstoll. Ihre erotischen Gefühle und sexuellen Bedürfnisse kamen zu Hause nicht mehr auf ihre Rechnung. Die deutschen Jungfrauen und Frauen, die da hinausfuhren, brachten eine ganze Portion Geilheit mit.

Der Zug durcheilte das Saargebiet. Fuhr an Gruben und Fabriken vorbei. An Hochöfen und an himmelragenden Kaminen. Helle Flammen rötelten den Himmel. Funkenregen sprühte auf und erleuchtete die Nacht.

In der Nähe von Metz wurde zweimal Halt gemacht. Wieder mußten sie aussteigen und unterirdische Fliegerkeller aufsuchen, bis die Gefahr vorüber und das fremde Flugzeuggeschwader durch Scheinwerfer und Abwehrkugeln vertrieben war. Die Fahrt ging weiter. Luise war nervös, etwas kopflos. Sie dachte einmal an Zuhause, ein andermal an die Jugendgenossen und dann an das, was kam. Die Fahrt dünkte ihr wie eine Ewigkeit.

Gegen Morgen. Die Insassen ihres Abteils lagen auf den Bänken, im Gepäcknetz, auf dem Fußboden, schliefen mit halboffenen Mündern, saßen zusammengekauert schnarchend in einer Ecke.

„Sedan!" Sie wurden zur Hauptkommandantur geführt. In dieser Kommandantur einer ehemaligen Volksschule herrschte ein hastiges und geschäftiges Treiben. Unteroffiziere mit ungeheuer wichtigen Mienen, Aktenbeladen, flitzten von einem Zimmer in das andere. Hunderte von Mädchen warteten in einem Vorraum auf ihre Abfertigung.

Wieder begann dieselbe Prozedur wie in Koblenz. Fragebogen ausfüllen, Fragen beantworten, Vertrag unterzeichnen, und zum Schluß eine abermalige Untersuchung auf ansteckende Krankheiten. Auch gegen Cholera und Typhus wurden sie geimpft.

Luise erhielt ihre Papiere und für einen Tag Proviant. Jetzt wußte sie endlich was sie war: „Schreiberin für eine Ortskommandantur", stand auf dem Zettel und — „Zielstation Charleville".

Es war nicht sehr weit. In Metz hatte sie sich in der Bahnhofshalle einige Zeitungen besorgt und lesend kam sie ans Ziel, ehe sie es vermutete. Jedoch blieb sie nicht in Charleville.

Ein Soldat stand vor ihr, betrachtete sie freundlich, beinahe liebevoll, wie einen schon lange erwarteten Besuch, geleitete sie an einen Wagen.

„Nehmen Sie Platz, Mademoiselle, ich bringe Sie dahin, wo Sie hingehören!" — und dann ging's weiter.

Die alte französische Kutsche wurde von einem abgemagerten Gaul gezogen. Sie wackelte und krachte beängstigend über die holprige löcherige Chaussee.

„Wo geht's hin, Kamerad?" rief Luise.

„Nach Loisy, Mademoiselle!"

Er rauchte vergnügt seine Pfeife, schnalzte mit der Zunge und sah sie verschmitzt an.

„Schön hier, was?"

Sie fuhren durch eine trostlose Gegend. Graue Wiesen, ein paar dürftige Bäume, Brachfelder, von Unkraut überwuchert, das war alles, was sie sahen. Dann tauchten ein paar kleine Häuser auf mit Schindeln gedeckt, etwa zwanzig an der Zahl.

„Marie, Marie, das ist mein Nam',
Den ich vom Regiment bekam!
Mein ganzes Leben lasse ich,
Fürs Regiment da sterbe ich . . ."

Mit wahrer Inbrunst wurde dieses Lied von vierzig Soldaten, jungen und alten, gesungen. Sie saßen in dem größten Raum der Ortskommandantur in Loisy. Sie waren am Morgen gekommen. Von vorne. Sanitäter. Sie hatten vierzehn Tage Ruhe, die tat ihnen bitter nötig. Sie saßen zusammen und sangen ein Soldatenlied nach dem andern. Von den „Vöglein im Walde" und von der „Heimat, wo es ein Wiedersehen gibt". Durch die Stube zog der Qualm der Tabakspfeifen. Es roch nach Leder und Schweiß.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0003

Rund um den Erdba

Der Scheinwerfer

Das historische Verdienst

Das Prinzip: Alles umdrehen! — Man geht einfach darüber hinweg — Für Goebbels das Parlament — für die Frauen die Zwangsarbeit

Mir brauchen Sie das nicht zu erzählen, sagte der pensionierte Bankdirektor Hartwig zu dem gewesenen Offizier und jetzigen Nazisagitator. Ich bin der letzte, der Hitlers Verdienste nicht würdigen würde. Aber worin Hitlers großer Fehler besteht, das erkennt ihr nicht: Hitler sieht einfach nicht ein oder will nicht einsehen, daß die Sozialdemokratische Partei es ist, die die breiten Massen der Arbeiterschaft vergessen gelehrt hat, was Sozialismus ist. Vor dem Kriege war die Sache einfach und klar: auf der einen Seite die Arbeiter, auf der andern die Unternehmer. Der Arbeiter wußte, daß Sozialismus die Vergesellschaftung der Produktionsmitte. ist, daß die Arbeiterklasse in unversöhnlichem Haß und in dauerndem Kampf dem Unternehmer gegenübersteht.

Können Sie sich z. B. vorstellen, daß vor dem Krieg ein sozialdemokratischer Arbeiter je für Hindenburg gestimmt hätte? Oder für Minister und Polizeipräsidenten, die in jeder Hinsicht gegen die Arbeiter vorgehen? Im Verlauf dieser Jahre, die seit Ausbruch des Krieges bis heute vergangen sind, ist es einem großen Teil der Arbeiter selbstverständlich geworden, daß Minister, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, gegen streikende Arbeiter vorgehen, Streiks abwürgen, sich mit allen Mitteln für Lohnabbau einsetzen und daß dann diese Minister sich trotzdem Sozialisten nennen! Das ist das historische Verdienst der Sozialdemokratie. Und deswegen unterstützen sie mit allen Kräften, deswegen erachte ich als den größten Fehler von Hitler, daß er die Sozialdemokratie bekämpft. Wenn er sich heute Sozialist nennt, dann tut er ja dasselbe, was die Sozialdemokratie tut, denn er weiß, daß man die Masse nur mit dem Wort Sozialismus einfangen kann. Aber er geht auf ausgetretenen Wegen.

*

In einem französischen Städtchen hat sich ein Zuhälter und Bordellbesitzer soweit heraufgearbeitet, daß er Bürgermeister geworden ist. Vor seinem Tode berief er seine Söhne zu sich und sagte ihnen: „Merkt euch folgendes: Ich habe es aus dem Grunde soweit gebracht, weil es stets mein Prinzip war, den Spieß umzudrehen. Ich habe alle meine Gegner stets als Zuhälter und Luden bezeichnet. Deswegen wagte keiner mehr, mir meinen Beruf zum Vorwurf zu machen. Ich war stets in der Offensive. Und deswegen habe ich meinen Gegnern immer Respekt eingeflößt. Keiner wagte es, mir nahezutreten. Haltet es so wie ich, macht es euch zum Prinzip, alles was ihr tut und das nicht gesellschaftsfähig ist, den anderen zum Vorwurf zu machen und keiner wird euch was anhaben können. Mit Mut und Frechheit erobert man sich seine Stellung."

*

Es ist allgemein bekannt, daß der sozialdemokratische Minister Hilferding es war, der an Kreuger das deutsche Zündholzmonopol ausgeliefert hat. Jeder weiß, daß die Beziehungen der Reichsbannerleitung zu Ivar Kreuger sehr nahe waren. Jeder weiß auch, daß Kreuger nur einen Gegner besaß, einen Gegner, den er ernst fürchtete und dem er nicht beikommen konnte: die Sowjetunion. Unzählige Millionen hat Kreuger für die Bekämpfung der Sowjetunion ausgegeben. Nun wagt es die Sozialdemokratie, die vollständig im Dienste Kreugers gestanden hat, zu behaupten, Kreuger hätte die Kommunisten finanziert.

Es ist das gleiche Prinzip des französischen Zuhälters, der es bis zum Bürgermeister gebracht hat.

★

Im böhmischen Kohlenrevier sind Streiks ausgebrochen. Auch in Böhmen wütet die Krise, und die Unternehmer gehen offensiv vor. Gegen Lohnraub und Entlassungen setzten sich die Arbeiter zur Wehr, und zehntausende traten in den Streik. In Brüx, dem Zentrum des Streikgebiets, marschierte die Polizei und Gendarmerie gegen die Streikenden auf, viele Arbeiter wurden verwundet und zwei erschossen. Erschossen, weil sie sich gegen Hunger und Not gewehrt hatten.

Die gesamte Arbeiterschaft von Brüx und Umgebung beteiligte sich am Begräbnis. Es war eine der eindrucksvollsten revolutionären Kundgebungen. Auch die „Vorwärts" brachte darüber einen Bericht. Er vergaß aber, eines hinzuzufügen, nämlich, daß die tschechoslowakische Regierung, die auf streikende Arbeiter schießen ließ, die viele Arbeiter verwundete und zwei hinmordete, eine sozialdemokratische Koalitionsregierung ist, daß in dieser Regierung sieben sozialdemokratische Minister sitzen. Ueber solche Tatsachen geht man einfach hinweg.

schade. Aber das sei ihrer Meinung nach noch nicht das wichtigste Argument. Das wichtigste was die Frauen zu leisten haben, sei

Auch die tschechoslowakische Sozialdemokratie hatte dort der Arbeiterschaft vor den Wahlen das Versprechen gemacht: „Dem Vater Arbeit, den Kindern Brot!" . . .

★

Herr Goebbels und Frau v. Gustedt beriefen eine Frauenversammlung ein. Sie wollten den Frauen mitteilen, was sie im „Dritten Reich" erwartete. Zwar kündeten sie schon auf Plakaten an, daß sie die deutsche Familie retten wollen, aber hier in der Versammlung rückten sie deutlicher mit der Sprache heraus.

Warum schicken die Nazis keine Frauen ins Parlament? Frau v. Gustedt erklärte, daß man im Parlament mit der Waffe in der Hand kämpfen muß und dafür halte sie die Frau für zu

schade. Aber das sei ihrer Meinung nach nicht das Argument. Das wichtigste, was die Frauen zu leisten haben, den Männern erstens ein gutes Mittag damit sie bei gefülltem Magen im Parlament gute Politik können und zweitens . . . darüber Näheres Goebbels:

Goebbels erklärte, er sei absolut nicht dagegen, Frauen sich politisch betätigen, aber nur auf dem Gebiet der Zwangsdienstpflicht. Das heißt verdeutscht einfache Sprache: Aufgabe der Frauen sei es, Zwangsarbeit

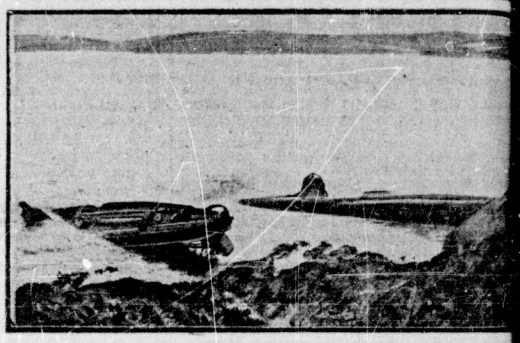
leisten, währenddessen die Männer — natürlich die Gro[illegible] politiker — im Parlament hohe Politik betreiben.

Also klare Arbeitsteilung. Für Goebbels das Parlament mit den Diäten und für die Frau — zwecks Entlichtigung — die Zwangsarbeit.

Das also erwartet, nach Goebbels, die Frau im „Dritten Reich".

Letzte Zeugen des Weltkrieges . . .

Die Ueberreste ehemaliger deutscher Unterseeboote, die während des Krieges an der englischen Südküste versenkt wurden. Nach Friedensschluß wurden die Boote von den Engländern gehoben und an den Strand geschleppt, wo sie nun immer noch liegen.



Kurzer Erdstoß in Santiago

Santiago de Chile, 19. April. Am Montag wurde Santiago von einem kurzen Erdbeben heimgesucht, das jedoch keinen größeren Schaden anrichtete. Es wurde ein kurzer, aber sehr starker Erdstoß verspürt.

Erdbeben in China

Nanking, 19. April. Nach einem im chinesischen Innenministerium eingegangenen Bericht ist die Stadt Matsching in der Provinz Hupeh von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Der größte Teil der Stadt soll zerstört worden sein. Der Bürgermeister hat die chinesische Regierung um Hilfe gebeten.

Fischkutter mit 21 Mann Besatzung gesunken

TU. **Kopenhagen**, 18. April. Nach einer Meldung aus Thorshavn wird ein Färöischer Fischkutter mit 21 Mann Besatzung vermißt. Man befürchtet, daß er während der letzten Stürme auf der Nordsee untergegangen ist. Alle Färöischen Fischkutter bis auf diesen einen sind inzwischen wieder im Hafen eingetroffen.

Ein Wasserflugzeug abgestürzt

TU. **Rom**, 18. April. **Bei Orbetello forderte ein Flugzeugunglück drei Tote und vier Verletzte. Bei einem Uebungsflug stürzte das Wasserflugzeug des Oberleutnants Guasconi vom Institut für Seekrieg infolge eines Steuerfehlers ins Wasser und überschlug sich. Der Oberleutnant, ferner ein Ingenieur der Fiat-Werke und ein Soldat der Fliegertruppe fanden den Tod. Drei Offiziere und ein Soldat wurden verletzt.**

Aus Versehen die eigene Frau erschossen

TU. **Saarbrücken**, 19. April. Durch einen verhängnisvollen Irrtum ist am Montagmorgen gegen 4 Uhr die Gattin des Kolonialwarenhändlers Ackermann aus Quierschied ums Leben gekommen. Die Frau war aufgestanden, um das Schlafzimmerfenster zu schließen. Dabei wurde ihr Ehemann wach, der in noch schlaftrunkenem Zustand glaubte, einen Einbrecher im Zimmer zu sehen. Er griff zur Waffe und schoß auf die Gestalt am Fenster. Die Frau sank tot zu Boden. Die Kugel war ihr ins Herz gedrungen.

Absturz eines französischen Privatflugzeuges

Paris, 19. April. Ein Flugzeugunglück mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Montagnachmittag über dem Ort von Le Bourget bei Paris. Ein Privateindecker war am Mittag aufgestiegen. Der Führer des Apparats, der erst zwei Wochen den Führerschein erworben hatte, zog bald auf 2000 Meter Höhe seine Kreise. Plötzlich stürzte der Apparat recht aus bisher unbekannter Ursache zu Boden. Der Führer, einzige Insasse des Flugzeuges wurde herausgeschleudert und mit zerschmetterten Gliedmaßen etwa eineinhalb Kilometer der Absturzstelle des Flugzeuges entfernt tot liegen.

Einiges Wissenswertes

Der längste Tunnel der Welt ist noch immer der Simplontunnel mit seinen 19 803 Metern. Die längste Brücke der Welt führt über den Chaohing-Viadukt in China, 144 Kilometer, während die breiteste Brücke der Welt die über den Firth of Forth in Schottland ist; diese Brücke ist nämlich 521 Meter breit. Der größte Wasserfall ist der Kaietanafall in Englisch-Guayana von einer 250 Meter hohen Felswand herabstürzt. Er hat eine Breite von 250 Meter, während der berühmte Sambesi der breiteste Wasserfall der Welt, 1600 Meter in der Breite.

★

Der älteste Baum der Welt ist mutmaßlich die 45 Meter Sumpfzypresse auf dem Kirchhof von Santa Maria de [illegible] Amerika. Ihr Alter wird auf 6000 Jahre geschätzt.

★

Alle europäischen Aale werden in den Laichgründen des Atlantischen Ozeans ausgebrütet. Sie brauchen länger als Jahre, um die Küsten Europas zu erreichen. Die Aale, die nicht gefangen werden, werden von ihrem Instinkt [illegible] wieder den Atlantischen Ozean zu durchkreuzen, und sterben an Laichplätzen südöstlich von Bermudas.

★

Die Bezeichnung Blatt bei Büchern leitet sich daher, daß tatsächlich, ehe das Papier erfunden wurde, auf Bäumen geschrieben wurde, wie ja auch die Bezeichnung selbst daher, daß die alten Deutschen ursprünglich auf Buchenbrettern [illegible]

★

Der älteste Karpfenteich der Welt befindet sich in Japan, Rajsamand. Er ist 4 bis 5 Kilometer lang.

Keine Passagiere

Die von den großen Schiffahrtsgesellschaften eingeführte Fahrpreisermäßigung für den atlantischen Schiffsverkehr scheint nicht den gewünschten Erfolg zu haben. So mußte u. a. die Abfahrt des Dampfers „Homeric" der White Star Line, der am Mittwoch nach Neuyork auslaufen sollte, wegen zu geringer Passagierzahl abgesagt werden. Auch die für den 30. April angekündigte Abfahrt des Cunard-Dampfers „Mauretania" wird aus dem gleichen Grunde unterbleiben.

Der SPD.-Arbeiter fragt:

wie schaffen wir eine rote Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger, Faschismus und drohenden Krieg? Die soeben erschienene Broschüre:

„Was will die Kommunistische Partei?"

gibt für jeden Arbeiter in verständlicher Weise eine ausführliche Antwort. Jedem SPD.-Arbeiter im Betrieb und auf der Stempelstelle diese Broschüre! Preis 10 Pfennig.

Verantwortlich: Alfred Kendrich, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Kampfgrüße aus dem Fernen Osten

Japanische Arbeiter an die Leuna-Kollegen

Die japanischen imperialistischen Räuber, gestützt von den Leichen, strecken ihre blutrieſenden Pranken nicht nur nach den Rohstoffquellen der Mandschurei aus, nicht nur nach den russischen Sowjetgebieten, sondern ihr Ziel ist: **Vernichtung der Sowjetunion!**

Aber die japanischen Proleten sind auf der Wacht; sie fallen den Kriegsverbrechern in den Arm. Einige Leuna-Kollegen, die bei der Chemie beschäftigt sind, erhielten durch Esperantokorrespondenz von japanischen Arbeitern ein Schreiben, das wir nachstehend in Uebersetzung folgen lassen:

Tokio, den 1. März 1932.

An die Chemiearbeiter in Deutschland!

Genossinnen, Genossen!

Wir, die japanische Gewerkschaft, Abteilung Chemie, die an der allgemeinen japanischen Arbeiter-Gewerkschaften angeschlossen ist, sendet Euch flammende Grüße aus dem fernen Japan. Wir gegenseitig durch die internationale Arbeiterkorrespondenz verbunden zu werden.

Wir sind interessiert, etwas über den Zustand der chemischen Industrie in Eurem Lande zu erfahren. Nicht nur über Salpeter, Schwefelsäure, Düngemittel, Gummi, Glas, Zement, Papier wollen wir etwas erfahren, sondern vor allem auch mit dem Leben und Kampf der Arbeiter bekannt werden.

Der japanische Imperialismus begann schon den Krieg, um China aufs neue aufzuteilen und die Sowjetunion, das einzige Vaterland aller Arbeiter und Bauern der ganzen Welt, anzugreifen.

Die japanischen Chemie-Industrien sind Erzeuger vieler Pulver und Gase, werden aber auch von Euch beliefert. Um zu siegen brauchen eine Masse von Feinden, müssen wir aber nicht nur Euch gewinnen den Kampf des Weltproletariats, um Erfahrungen zu sammeln, sondern wir müssen mit unseren Korrespondenzen in der Lage agitieren und propagieren.

Wir hoffen, daß Ihr die Bedeutung einer internationalen Verbindung erkennt und mit unserem Vorschlage über diese Korrespondenz einverstanden seid.

Da wir in Tokio illegal leben müssen, ist es uns sehr erschwert, Artikel über unsere Bewegung zu schreiben aber trotzdem werden wir im nächsten Briefe unbedingt darüber berichten.

Mit revolutionären Grüßen

Die Arbeiter des japanischen Zentralkomitees des Chemiearbeiterverbandes.

(Es folgen 5 Unterschriften, unleserlich.)

Der hat 75 000 Mark gerettet...

Der Sozialfaschist Walter geht mit hanebüchenen Argumenten krebsen.

L.A. Immer noch geht Herr Walter durch die Betriebe mit Erklärung, daß durch sein und der Gewerkschaften geschicktes Verhandeln den Leuna-Proleten 75 000 Mark gerettet wurden!

„Wieso?" haben wir gefragt.

Walter meinte darauf, die Werksleitung zahle die Kurzarbeiterzulage, die am 1. April in Wegfall kommen sollte, zwei Monate, bis Ende Mai, weiter; das mache einen Betrag von 75 000 Mark aus!

Die Kollegen haben sich gegenseitig angeblickt, so perplex waren sie. Ein Walter wagt es, die raffinierte Direktionsmaßnahme — denn nichts anderes bedeutet das Hinausschieben des Abzuges der Kurzarbeiterzulage — als seinen „Erfolg" hinzustellen!

Als er die Gesichter der Kollegen sah, verdutzte er sehr schnell, denn bei der Erfolgsprahlerei war es ihm nicht geheuer.

Der Sozialfaschist soll mal das öffentlich bekanntmachen mit den 75 000 Mark, er soll doch mal in Belegschaftsversammlungen darüber reden.

Wir werden ihm bestimmt heimzeigen!

Werksleitung und ihre Lakaien in allen Betrieben und Bauten gemeinsam Front machen.

Jetzt, am 24. April, können wir nur Kommunisten wählen, wenn wir das tun, dann heißt das, daß wir uns auch gegen Kapitalisten und gegen den Lohnabbau wehren müssen.

Mit dem Stimmzettel werden wir ein sozialistisches Deutschland bekommen, aber durch rote Einheitsfront und durch konsequenten Klassenkampf unter Führung der KPD und RGO werden wir nicht nur die Lohnabbauoffensive zum Stillstand bringen, sondern wir werden auch den Kapitalismus stürzen.

—robert, Bau 15.

30000 Angestellte in Deutschland Stellungslos — Brotlos! Wo ist der Ausweg — Wer hilft?

Angestellte, heraus zur öffentlichen Angestelltenversammlung am Freitag, dem 22. April, 20 Uhr, im Saale des Vereinshauses St. Nikolaus. Es spricht der Reichsleiter der Angestellten-Kommission der RGO, Kollege Jahnke-Berlin. Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

RGO, IG Banken und Versicherung, Warenhaus, Groß- und Kleinhandel

Ist du schon einen Abonnenten geworben?

Streiks sollen in den lebenswichtigen Betrieben verboten werden!

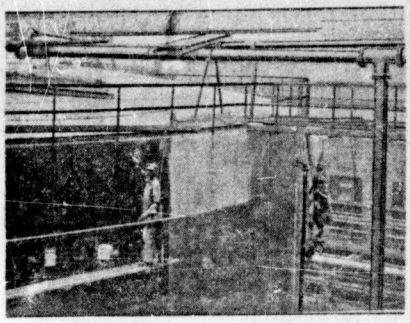
Ein neues Gesetz in Vorbereitung zur besseren Durchführung des neuen Lohnraubs und des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion

Am 12. April fanden im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Gewerkschaftsführern und den Unternehmervertretern statt. Trotzdem über diesen Besprechungen noch wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, ist der Inhalt derselben klar. Bereits vor dem 12. April hieß es in einer Verlautbarung des Reichsarbeitsministeriums zu dem Ablauf der Tarife u. a. folgendermaßen:

„Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter."

Die Besprechungen hatten also den Zweck, den neuen Lohnraub vorzubereiten.

Die Gewerkschaftszeitungen teilen mit, daß bereits für 3½ Millionen Arbeiter der Lohn- und Manteltarif gekündigt ist.



In den „Stinkbauten" der Leuna-Hölle

Um den neuen Lohnraub besser durchführen zu können, soll gleichzeitig ein neues Gesetz geschaffen werden, das den Streik in den lebenswichtigsten Betrieben verbietet. Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet:

„Der Entwurf eines Gesetzes, das durch den verstärkten strafrechtlichen Schutz gegen Sabotage der lebenswichtigen Betriebe die Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten über das Streikverbot der lebenswichtigen Betriebe im Jahre 1920 ermöglichen soll, wird binnen kurzem dem Reichsrat und alsbald nach dessen Zustimmung dem Reichstag vorgelegt werden."

Diese Meldung des WTB ist ein Alarmsignal für die Arbeiterschaft. In der Bielefelder Metallindustrie ist der Manteltarif bereits zum 30. April gekündigt. Ebenfalls bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern zum 30. April, der Manteltarif der Bergarbeiter zum 31. Mai. Bei den Bauarbeitern finden jetzt schon Verhandlungen statt. **Durch die Erlassung des neuen Gesetzes soll das Streikrecht, das bereits durch die letzte Notverordnung sehr eingeschränkt wurde, durch ein neues faschistisches Diktat noch mehr eingeengt werden.**

Diese Tatsachen beleuchten blitzartig den ganzen unerhörten Betrug des Krisenkongresses des ADGB. Die Gewerkschaftsbürokraten versuchen hierdurch die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen und die Mobilisierung gegen den neuen Unternehmerangriff zu verhindern.

Das neue Gesetz über Streikverbot ist die Antwort der Bourgeoisie auf die Kampfmobilisierung der Eisenbahner, Hafen- und Transportarbeiter und den Arbeitern in allen kriegswichtigen Betrieben gegen den imperialistischen Krieg.

Für die Arbeiter Mitteldeutschlands in allen Industriegruppen gilt es, den schärfsten Kampf gegen jeden neuen Lohnraub und gegen das neue Gesetz zu führen. Sofort müssen für jede Industriegruppe konkrete Forderungen ausgearbeitet und für dieselbe die Mobilisierung der Belegschaften vorgenommen werden.

Die Verhandlungen mit Stegerwald sowie das angekündigte neue Gesetz über Streikverbot zeigen der Arbeiterschaft, was nach dem 24. April geplant ist, wenn erst die Wahlen vorbei sind. Mit unserer Kampfmobilisierung zu den Preußenwahlen gilt es gleichzeitig die Kampffront in jedem Betrieb zu schließen, Kampfausschüsse zu wählen, um den neuen räuberischen Anschlag der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie abzuschlagen.

Neuer Lohnabbau — das Ergebnis des „Krisenkongresses"

Auf dem Krisenkongreß des ADGB, zu dem ja die nach Berlin gekommenen, von den Mitgliedern gewählten proletarischen Delegierten keinen Zutritt bekamen, folgte dem Referat Eggeris eine geradezu jämmerliche „Diskussion".

Bernhard, der Führer des Baugewerksbundes, flehte Stegerwald an: **„Herr Minister, versuchen Sie doch endlich einmal, den Gewerkschafter in Ihnen zu finden."** Er erklärte dann einen neuen Lohnabbau für unmöglich, verschwieg aber wohlweislich, daß der Vertreter des Baugewerksbundes im Berliner Schlichtungsausschuß vor wenigen Tagen für einen zehnprozentigen Lohnabbau an den Berliner Bauarbeitern stimmte. Der freiwillige Arbeitsdienst, sagt Bernhard, stört schon heute den freien Arbeitsmarkt. Das störte aber nicht die Freunde des Herrn Bernhard, die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat, eine Denkschrift zu unterzeichnen, in der die Arbeitsdienstpflicht gefordert wird.

Der preußische Ministerpräsident Braun erklärte, daß für das Arbeitslosenproblem das Reichsarbeitsministerium zuständig sei.

Was die Subventionen der preußischen Regierung an die Unternehmer anbelange, so seien diese notwendig.

Die Jugend müsse beschäftigt werden, sonst sei sie „für den gefährlichen politischen Radikalismus" empfänglich. Braun unterstreicht im Einverständnis mit Stegerwald die Gefährlichkeit jeder Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung, die die Währung gefährden könne. Er schließt seine Rede mit der Erklärung, daß **seiner Meinung nach die Lösung der Arbeitslosenfrage zunächst durch Kürzung der Arbeitszeit in Angriff genommen werden müsse. Braun betonte, daß er in dieser Forderung noch über die der Gewerkschaften hinausgehe und eine noch radikalere Kürzung, als die auf die 40-Stunden-Woche verlange. Er vergaß nicht hinzuzufügen, daß die Arbeiterschaft dabei Opfer tragen müsse. Mit anderen Worten: Braun plädiert für eine Verkürzung der Arbeitswoche unter 40 Stunden, aber ohne Lohnausgleich. Was das bei den gegenwärtigen Löhnen bedeutet, kann sich jeder Arbeiter lebhaft vorstellen.**

Tarnow erklärt, daß er volles Verständnis für Stegerwalds Rede habe. Er spricht die Erwartung aus, daß die Regierung es mit der Arbeitsbeschaffung wirklich ernst nehme.

Scheffel, Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner, führt an, daß bei der Reichsbahn für 370 000 Menschen die Arbeitswoche noch 51 bis 54 Stunden und unter Berücksichtigung der Dienstbereitschaft sogar 67 bis 93 Stunden betrage.

Eggert sagte in seinem Schlußwort, mit den Ausführungen Stegerwalds könne man sich einverstanden erklären, es müssen nur einige Ergänzungen gemacht werden. **Deutschland habe den Winter durchgehalten nur dank der Disziplin der deutschen Gewerkschaftsbewegung.**

Schumann, der den Kongreß schloß, erklärte die vom ADGB-Vorstand eingebrachte Entschließung für angenommen, ohne sie abzustimmen. Einige Delegierte machten Zwischenrufe mit der Forderung, die Entschließung zur Abstimmung zu stellen. Schumann überhörte glatt diese Forderung. In den abschließenden Worten versteigt sich Schumann sogar zu der lächerlichen Behauptung, die Reichsregierung habe ihre Bereitwilligkeit gezeigt, die Forderungen der Gewerkschaften anzuerkennen.

Die Komödie des „Krisenkongresses" ist vorbei. Er hat den Arbeitern nichts gebracht, konnte ihnen nichts bringen, da es ein Kongreß von Verfechtern der Brüningschen Notverordnungsdiktatur war. Trotzdem werden die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Arbeitern einzureden versuchen, sie hätten bei der Brüning-Regierung die Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms erreicht. Mit solchen durch nichts zu stützenden Behauptungen wollen die ADGB-Führer die Arbeiter und Erwerbslosen vom Kampf abhalten und für die Hindenburg-Parteien einfangen.

Es ist daher notwendig, in allen Gewerkschafts-, Betriebs- und Arbeitslosenversammlungen den sozialdemokratischen Schwindel zu entlarven.

Die nicht zugelassenen gewählten Arbeiterdelegierten haben einen Appell an die Arbeiter gerichtet, den wir noch veröffentlichen. Im Sinne dieses Appells muß der Kampf um Brot und Arbeit organisiert werden.

Weißt Du

wie heute eine Zigarette volkstümlich wird? fragte Peter Punkt seinen Freund. „Hm, wenn sie gut ist!" Ja, und wenn ihre Packung, wie die der

KOSMOS-AKKA

einen Sparpfennig enthält. Denn nur das, was sparen hilft, ist heute volkstümlich!

Für 20 Akka-Sparpfennige erhältst Du eine Packung gratis.
Mit Goldmundstück rote Packung.
Ohne Mundstück, dick, rund, grüne Packung.

Qualität fabelhaft. Preis nur 3 1/3 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0005

HALLE

Mittwoch, den 20. April 1932.

Kampf der bürgerlichen Lügenpresse!

Arbeiterkorrespondenten, aufgepaßt!

Vor einigen Tagen haben mehrere Merseburger Arbeiter die Redaktion der sozialfascistischen Zeitung „Merseburger Tageblatt" aufgesucht, um gegen die unverschämte Lügenhetze, die dieses Blatt gegen die Arbeiterschaft betreibt, zu protestieren. Ausgerechnet das sozialfascistische „Volksblättchen" in Halle brachte es fertig, das nazifreundliche „Merseburger Tageblatt" gegen den Schritt der betreffenden Arbeiter zu verteidigen. Das „Volksblättchen" faselt von „kommunistischen Terrorakten", um die Polizei auf revolutionäre Arbeiter aufmerksam zu machen. Wenn klassenbewußte Arbeiter sich die schmutzige Hetze der bürgerlichen Presse nicht mehr gefallen lassen und den Redaktionen solcher Zeitungen ihre Meinung sagen, so ist dies eine absolut begrüßenswerte Handlungsweise. Natürlich hat dieses Vorgehen der Arbeiter mit irgendwelchen Terrorakten nichts gemein. Solche Dinge spinnen nur in den verzerrten Gehirnen der sozialfascistischen Sudelpresse.

Wir richten an alle Arbeiter und Arbeiterinnen die öffentliche Anfrage:

Haben die Merseburger Arbeiter richtig gehandelt, wenn sie die Redaktion des „Merseburger Tageblatt" aufsuchten, um gegen die unverschämte Kommunistenhetze dieses Blattes zu protestieren?

Arbeiterkorrespondenten, berichtet über **euere Meinung** dem „Klassenkampf". Schreibt auch über die Methoden, mit welchen der Kampf gegen die bürgerliche Lügenpresse am erfolgreichsten geführt werden kann. Wer die beste Antwort einsendet, erhält vom Verlag des „Klassenkampf" das Buch von Hermann Remmele „Die Sowjetunion". Außerdem werden die besten Antworten im „Klassenkampf" veröffentlicht!

Nur der Sozialismus öffnet die Betriebe

Ein Riesenplakat lenkt die Aufmerksamkeit Tausender von Straßenpassanten auf die Anschlagsäulen. Man sieht die kraftvolle Gestalt eines Arbeiters, der mit eisernem Griff das Betriebstor öffnet, in das ein Heer von Arbeitern Einzug hält. Vor dem Plakat stehen erwerbslose Arbeiter, Angestellte, Ingenieure und Techniker. In Gedanken versunken stellt sich jeder die Frage: Wird das überhaupt jemals wieder möglich sein? Können die Betriebe wieder geöffnet, die Maschinen wieder in Gang gesetzt werden? Wird man das Arbeitslosenheer wieder in den Produktionsprozeß einreihen können? Manche schütteln ungläubig den Kopf. Daran ist jetzt nicht zu denken ... Das hier ist bloß Wahlreklame.

Gewiß — es ist nur ein Wahlplakat. Und doch hat es für jeden Beschauer etwas Bestechendes. Was besagt das Plakat?

Erst müssen die Betriebe geöffnet werden, die Maschinen laufen, die Transmissionen rattern, die Schornsteine rauchen, die Fabriksäle müssen wieder mit Arbeitern besetzt sein. Dann erst gibt es wieder Arbeit und Brot, dann erst hört Arbeitslosigkeit, Wohlfahrt und alles Elend auf.

Die Betriebe müssen geöffnet werden ...

Hier ist die Grundfrage aller Fragen aufgerollt. Das ist keine verlogene Wahlversprechung. Hier gibt es keinerlei Illusionen. Solange die Betriebe still liegen, das Arbeitslosenheer größer wird, solange hört der Hunger nicht auf. Solange heißt das Leben für den Arbeiter, Angestellten und Ingenieur: Stempelstelle, Wohlfahrt, Margarinebrot, zerrissene Schuhe, Krankheit und dumpfe Verzweiflung.

Instinktiv kommt es den meisten Beschauern dieses Bildplakats zum Bewußtsein: Hier ist einmal Klarheit geschaffen. Die Betriebe müssen geöffnet werden. Aber wie?

Die riesige Arbeitergestalt, die mit entschlossener Tatkraft das Betriebstor öffnet, ist ein Symbol. Das Symbol der gewaltigen, unbezwingbaren Kraft der Arbeiterklasse. Und nur diese Kraft vermag die Betriebe wieder zu öffnen.

Erst wenn die Arbeiterheere unter roten Fahnen Einzug in den Betrieben halten, werden die Maschinen wieder laufen.

Alle anderen Behauptungen der Kapitalistenknechte von Wels bis Hitler sind Lüge und Betrug.

Nur der proletarische Klassenkampf bringt Arbeit und Brot!

Nur wenn die Betriebe geöffnet werden, hören Hunger und Elend auf!

Nur der Sozialismus öffnet die Betriebe!

Nazi-Hauspascha verlangt Wuchermieten

A.-K. Im Hause Große Märkerstraße 21 wohnt der Arbeiter B., der neben seiner Frau noch sechs Kinder zu ernähren hat. Er war mit seiner Miete infolge großer Notlage in Rückstand gekommen. Für eine alte dunkle Wohnung im Hinterhaus hat er 13 Jahre lang 42.92 Mark Miete bezahlen müssen. Der Arbeiter hat die Wohnung von einer Wohnungskommission abschätzen lassen. Man war zu der Auffassung gekommen, daß die Hälfte des Mietspreises noch **zu viel Geld** für diese Wohnung sei. Nun verklagte der Arbeiter den Hauswirt wegen **Mietwucher.** Der Hauspascha jedoch, der sich stolz zu den Hakenkreuzlern bekennt, betreibt mit allen Mitteln die zwangsweise Heraussetzung des Mieters, trotzdem die rückständige Miete nunmehr bezahlt wurde. Der faschistische Hausagrarier hat sich also durch die Erhebung einer solchen **Wuchermiete** von einem Arbeiter den Nazis absolut würdig erwiesen. Dieser Fall beweist wieder, welche **Frechheiten** sich auf Grund des Abbaues der **Mieterschutzgesetzgebung** in Preußen die reaktionären Hausbesitzer gegen die Mieter herausnehmen. Die Antwort der proletarischen Mieter auf diese Willkürherrschaft der reaktionären Hausbesitzer muß im schärfsten Kampf gegen die mieterfeindlichen Parteien bestehen. Am 24. April gehört die Stimme aller proletarischen Mieter **den Kommunisten.**

Schweres Motorradunglück — 1 Schwerverletzter

Am Montag nachts gegen 1.30 Uhr, fuhr an der Straße nach Eisleben ein Motorradfahrer gegen einen halteden Personenkraftwagen. Ein im Beiwagen mitfahrender Mann, der Bäcker Weigel aus Delitz am Berge, wurde durch den Zusammenprall schwer verletzt. Er liegt, in Lebensgefahr schwebend, im Elisabethkrankenhaus zu Halle.

Kampfdemonstration der Erwerbslosen in Hal

Ueberfüllte Versammlung im „Gesellschaftshaus" — Kampf gegen Lohn- und Unterstützungs- Erwerbslose wählen Kommunisten

Anläßlich des Reichserwerbslosentages fand gestern im Gesellschaftshaus eine überfüllte Versammlung der Erwerbslosen statt. Der Genosse Hans Schröter, MdR (Berlin) hielt ein begeistert aufgenommenes Referat, in dem er besonders auf die Frage der Arbeitsbeschaffung einging. Er kennzeichnete die Not der hungernden und darbenden Erwerbslosen, denen das heutige kapitalistische System nie wieder Arbeit und Brot zu geben vermag. Die Unternehmer versuchen durch Lohn- und Gehaltsabbau auf Kosten der Arbeiter die Krise zu beseitigen. Es gelingt ihnen nicht. Die Nazis schreien, daß sie gegen das System kämpfen und dabei wollen sie nichts anderes, als die Ministerposten durch ihre eigenen Bonzen besetzen. Ihr „Arbeitsbeschaffungsprogramm" geht dahin, daß die Erwerbslosen im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht kostenlose Sklavendienste für die Kapitalisten leisten sollen. Sie wollen die Frauen aus den Betrieben drängen und ihnen jede Gleichberechtigung mit dem Manne absprechen. Immer, wenn irgendeine Wahl bevorsteht, dann rückt die SPD mit einem neuen Programm heraus, um die Arbeitslosen zu fangen. Die Politik des „kleineren Uebels" aber auch bei den SPD-Proleten nicht den Hunger verhindert, dieser Hunger muß alle Erwerbslosen zum Einheitsblock zusammenschmieden. Das neueste „Arbeitsbeschaffungsprogramm" der SPD hat innerpolitische und außenpolitische Gründe. Auf einer Seite wollen sie den Arbeitslosen vor dem Kapitalismus bewahren und auf der anderen Seite den ausländischen Kapitalisten zeigen, daß sie nicht ihre Feinde, sondern Helfer für die Krisenlongtrieb des ADGB hat nur die Ausweglosigkeit der SPD bewiesen.

Die Erwerbslosen müssen in der revolutionären Einheitsfront zusammengefaßt werden. Es muß die Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern eisern geschmiedet werden, in einem freien sozialistischen Deutschland wird es keine Erwerbslosen, keine Hungernden, keinen notleidenden Mittelstand und bedrängtes Bauerntum geben.

Der 24. April muß ein großer Erfolg der revolutionären Arbeiterschaft werden auf dem Boden des revolutionären Kampfes zur Befreiung der deutschen Arbeiterschaft aus Elend, Not und kapitalistischer Unterdrückung.

Für die Ausführungen des Genossen Schröter wurde stürmischem Beifall gedankt. In der Diskussion sprach ein Genosse über die Pflichtarbeit und die Beseitigung der Sonderzulagen den Wohlfahrtsempfängern in Halle. Zwei weitere Genossen eine Genossin schlossen sich den Ausführungen der Vorredner. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Schröter wurde die Versammlung beendet.

Anschließend versammelten sich die Erwerbslosen, Männer, Frauen, auf dem Königsplatz, um durch einen stattlichen Demonstrationsmarsch den Willen zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau zum Ausdruck zu bringen. Hunderte von Menschen gleiteten die Demonstration und standen an den verschiedenen Kreuzungen. Auf dem Platze vor der Engelhardt-Brauerei schlossen sich der Demonstrationszug nach einer nochmaligen Ansprache auf.

Achtung! Am Sonnabend

Große Massendemonstration u. Fackelzug

Große Kundgebung auf dem Hallmarkt für ein rotes Preußen!

Rüstet zum Kampfaufmarsch des Hallischen Proletariats! Trefft alle Vorbereitungen! Der letzte Mann muß mobilisiert werden. Aufmarschplan wird morgen veröffentlicht! Rote Fahnen und Transparente heraus! Das werktätige Halle wählt Liste 4!

Adolf Hitler der Kapitalistenknech

Heute veranstalten die Nazis eine große Attraktion. Adolf Hitler, der Kapitalistenfreund und Großverdiener, kommt mit dem Flugzeug nach Halle, um seinen Anhängern und Mitläufern die längstbekannten und längst als infamer Betrug widerlegten Versprechungen vorzuerzählen. Das Gepräge des heutigen Hitler-Rummels wurde nicht nur in den „Richtlinien zur Hitler-Kundgebung" im Naziblättchen, sondern auch im Polizeibericht des Hallischen Polizeipräsidiums angedeutet: Das sind die Parkplätze. Jawohl, man wird für eine beträchtliche Anzahl Luxusautos Parkmöglichkeiten schaffen müssen. Und da aus der ganzen Umgebung Hunderte von nationalsozialistischen Unternehmern und hitlerfreundlichen Kapitalisten, Kraautjunkern usw. in eleganten Personenwagen in Halle eintreffen werden, muß sich auch die Polizei ins Mittel legen, damit ja alles schön klappt. Deshalb hat der Hallische Polizeibericht auch die Parkplätze bekanntgegeben, damit sie in der ganzen Presse veröffentlicht werden sollen. Wenn Adolf Hitler kommt, dann hat eben auch die Severing-Polizei ihren großen Tag.

50 Mark Eintrittspreis

Die Preise für die Hitler-Kundgebung bewegen sich von 50 Pfennig (Stehplatz) an aufwärts. In den offiziellen Angaben sind 5 Mark als der höchste Eintrittspreis angegeben. 5 Mark Eintritt kann kein Arbeiter, kein Erwerbslosser bezahlen. Für die sind aber auch diese teuren Plätze nicht bestimmt. Die teuren Tribünenplätze werden für die vollgefressenen und protzigen Schwerverdiener, für die Generaldirektoren und Gutsbesitzer in Reserve gehalten. Es ist aber hinreichend bekannt, daß für den heutigen Hitler-Rummel weit höhere Eintrittspreise als 5 **Mark angeboten und bezahlt werden.** Als Hitler unlängst in Essen sprach, wurde vom Direktionssekretär Klein von der August-Thyssen-Hütte in Hamborn durch Rundschreiben allen Angestellten des Betriebes Karten angeboten. In dem Rundschreiben hieß es:

„Ein gewöhnlicher Stehplatz auf der Terasse kostet 0,50 Reichsmark, die nummerierten Stehplätze im Innern des Stadions 5 Reichsmark, außerdem werden Karten für nummerierte Sitzplätze in unmittelbarer Nähe der Rednertribüne zu 20 Reichsmark und zu 50 Reichsmark ausgegeben."

Auch heute wird es in Halle kapitalistische Großunternehmer geben, die den Hitlerbonzen Hungerlöhne bezahlen, aber für einen Sitzplatz in unmittelbarer Nähe des „großen Adolfs" einen Zwanzig- oder Fünfzigmarkschein hinblättern.

Ein Schwerverdiener größten Formats

Der heute auf der Rennbahn seine heuchlerischen Phrasen über die Befreiung des Volkes durch Lautsprecher verbreiten will, ist ein Schwerverdiener größten Formats. Ein großer Teil der Presse in Deutschland hat die Tatsache veröffentlicht, daß Hitler allein durch seine „schriftstellerische" Tätigkeit auf Grund seines Vertrages mit dem nationalsozialistischen Eher-Verlag ein Jahreseinkommen von 240 000 Mark, das sind im Monat 20 000 Mark, einkassiert. Aus seiner Rednertätigkeit hat Hitler im letzten Jahre bei rund 130 gehaltenen Referaten noch einmal die ungeheure Summe von 260 000 Mark verdient. Als braunschweigischer Regierungsrat bekommt Hitler ohne Arbeit ein Gehalt von 5238 Mark im Jahr. Aus diesen Tatsachen sollte für jeden zur Genüge hervorgehen, daß Herr Hitler keine Elle zu haben braucht mit der Verwirklichung des „Dritten Reiches". Er führt mit seinem Stab ein glänzendes Leben und wartet nur noch darauf, daß er in den Ministerien des Reiches und der Länder noch größere Gehälter einstreichen kann.

Wie der Vorstand des Männergesangvereins von Hinterneustadt . . .

Eine treffende Charakterisierung der Persönlichkeit Adolf Hitlers lesen wir im „Montag Morgen" vom 4. April. Es heißt da:

„Im Hotel Kaiserhof gehe ich an Hitler vorüber. Ein Vorläufer bahnt ihm den Weg, zwei Nachläufer schützen ihn von hinten. Später nahm Hitler in der Halle Platz. An seinem Tisch sechs oder sieben breitrückige Genossen. Rechts von Hitler, am Nebentisch, lauert ein völkischer Beobachter, am Nebentisch links sind zwei Parteigenossen zum Schutz hingelagert. An einem entfernteren Tisch ein vierter Schützer, zum Schein in eine Zeitung vertieft. Auf der erhöhten Estrade sind noch zwei Gefolgsleute hingestreut. Hat Wilhelm II. soviel Detektive um sich gehabt ... Ich sitze Hitler gegenüber und kann ihn lange betrachten. Sein Gesicht ist ohne Straffheit, die Wangen sind schlaff, das runde Auge ist ohne Glanz. Der gestutzte Schnurbart wirkt fachhaft. Vielleicht wird dieses Gesicht erst im Zirkus elektrisiert? Hier wirkt er abgeschminkt. Es muß anerkannt werden, daß Hitler und seine Leute das Flüstern gelernt haben. Kein lautes Wort, kein derbes Lachen fällt an diesem Tisch. Aber wie ausdrucksarm ist dieses Gesicht, wie wenig geht auf diesem Antlitz vor! Der Vorstand des Männergesangvereins von Hinterneustadt sieht so. Bei diesen beleibten Vierzigern ist kein Antlitz, an das man glauben könnte, keines, das vom Geist geformt wäre."

Hitler spricht und lügt

In seinem Buch „Mein Kampf" schreibt der Nazifführer:

„Der Deutsche, besser seine Regierung, besaß keine Ahnung, wie man das Volk beschwindeln muß, wenn man Massenanhänger haben will. Daß durch kluge und dauernde Anwendung von Propaganda einem Volke selbst der Himmel als Hölle vorgemacht werden kann und umgekehrt das elendste Leben als Paradies, das verstand Deutschland nicht."

Aber Hitler glaubt, dieses Handwerk zu verstehen. Er glaubt mit frechen verlogenen Versprechungen die Werktätigen, die Großkapitalisten verkaufen zu können. In seinen Kreisen ist Hitler damit, daß diese seine Kunst das Geheimnis seiner Macht und riesigen finanziellen Einkünfte sei. Werktätige, zeigt, wer der Lügner Hitler in euch gefühlt hat! Kämpft gegen den Kapitalsknecht! Reiht euch ein in die rote Einheitsfront, unter Führung der Kommunistischen Partei gegen das Kapital. Die Kommunisten haben in der Sowjetunion, in allen Ländern bewiesen, daß sie durchführen, was sie sich zum Ziel setzen. Kommunisten machen keine leeren Versprechungen. Sie führen das werktätige Volk im Kampf um Brot und Freiheit. Kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei!

Deshalb wählt am 24. April Kommunisten!

Sozialismus der Ausweg!

Arbeiter! — Frauen! — Angestellte!

Am Donnerstag, dem 21. April, 20 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus" der rote Auftakt zur Preußenwahl statt.

Thema: Liste 4 gegen Braun-Severing-Preußen, das Mordwerk der Notverordnungsdiktatur Brüning.

Referent: Leni Peser, Berlin.

Eintritt: Vollarbeiter 30 Pfennig, Erwerbslose 10 Pfennig

Erscheint in Massen!

Stadtteil Zentrum

Für die Rote Hilfe

wurden folgende Beträge gesammelt:

Von M. Lustin beim Preisschießen	3.—
„ F. G. 27 in Radfahrverein „Solidarität"	6.70
„ Werbeabend des Kampfbund und RH	5.40
„ Unbekannt	1.—
„ Jugendwehr, Torgau	9.55
„ Konsum-Generalversammlung	3.85
„ Freidenker-Veranstaltung	2.10

Berichtigung

„Es ist unrichtig, daß die Gesamtzahl der von der Firma Bernstein gelieferten Säcke Trockenschnitzel ein Mindergewicht gewiesen hätte. Die fragliche Zehntonnenlieferung ist in 10 Tonnen unequilibrierter Säcken erfolgt, welche weniger als einen Zentner enthielten. Dafür ist aber von vornherein eine entsprechende Zahl von Säcken geliefert worden.

Es ist unrichtig, daß die Firma Bernstein zum Dank für langjährige gute Beziehungen zu Herrn Männicke ihm Geschenke gemacht, insbesondere bei seinem Dienstjubiläum eine goldene Uhr geschenkt hätte."

Wäst (Rechtsanwalt)

Achtung! Angestelltengruppen der RGO!

Am Donnerstag, dem 21. April 1932, 20 Uhr, im Wandelhaden-Restaurant, alte Promenade, Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Erfahrungen und Aufgaben in der Angestelltenarbeit. Referent: Kollege Jahnke, Berlin, Leiter der Angestelltenkommission der RGO.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht! Mitglieder mitbringen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0006

Rote Versammlungswelle über Mitteldeutschland

Mittwoch, den 20. April:

Hettstedt: 18 Uhr auf dem Markt, Kundgebung; Wilhelm Kaenel, M. d. R.
Eisterwerda: 20 Uhr im „Gesellschaftshaus", öffentliche Versammlung; Paul Suhr.
Pretzsch: 20 Uhr im „Goldnen Stern", öffentliche Versammlung; Otto Schlag, M. d. L.
Trebnitz: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Max Peter.
Jangenberg: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Luise Harten.
Mücenberg: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Hans Volkmann, M. d. R.
Lauchhammer: 17 Uhr Betriebsversammlung; Hans Volkmann, M. d. R.
Schraplau: 20 Uhr im „Bürgergarten", öffentliche Versammlung; BL.
Weißenfels: 20 Uhr, Mittelstandsversammlung; Heinz Otto.
Zitherden: 20 Uhr bei Boitz, öffentliche Versammlung; Fritz Erling.
Liebenwerda: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Käte Lübeck.
Gutenberg: 20 Uhr bei Lindenhahn, öffentliche Versammlung; Walter Kölscher.
Trebitz b. Pretzsch: Oeffentliche Versammlung; USP.
Mühlbeck: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Fritz Lessig.
Zerbig: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Paul Weber.
Roßlau: 20 Uhr bei Zander, öffentliche Versammlung; Heinz Schmidt.
Reinsdorf b. Landsberg: 20 Uhr öffentliche Versammlung; BL.
Schkeuditz: 20 Uhr „Landesgrenze", öffentliche Versammlung; Karl Gutsche.
Zschornewitz: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Willy Lüdiers.
Breitungen: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Braumann.
Sangerhausen: 20 Uhr Rote-Hilfe-Versammlung; Schubert.
Gonna: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Ebbrecht.
Wahtenbrück: 20 Uhr öffentliche Versammlung; K. Hirsch.
Tilleda: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Enke.
Thalheim: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Paul Steinmetz.
Symwalsch: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Karl Preßich.
Rasbera: 20 Uhr im „Schweizergarten", öffentliche Versammlung; Willy Riegel.
Hüben: 20 Uhr öffentliche Versammlung; O. Fleischer.
Beichlingen b. Nebra: 20 Uhr öffentliche Versammlung; Paul Weise.
Großwangen: 20 Uhr öffentliche Versammlung; W. Grimmer.

Mobilisiert die werktätigen Massen für ein rotes Preußen!

Wohlfahrtsempfänger in Wolferode keine Unterstützung mehr erhalten. Wahr ist vielmehr, daß sich die Gemeindevertretung überhaupt nicht mit dieser Frage beschäftigt hat. Auf die Beschlüsse des Gemeindevorstandes, dem ein Vertreter der KPD und ein Vertreter der rechtsbürgerlichen Gemeindefraktion angehören, habe ich keinen Einfluß nehmen können.

2. Es ist nicht wahr, daß ich mir ein Vermögen von annähernd 30 000 Mark von Arbeitergroschen gespart habe. Wahr ist vielmehr, daß ich mit weder ein Vermögen in dieser Höhe noch in einer anderen Höhe, weder von Arbeitergroschen noch überhaupt erspart habe.

Bezirke Eisleben, Bitterfeld und Weißenfels unbedingt erscheinen. Näheres siehe „RGO" vom 18. April.
Müller, Bezirksschriftführer.

Achtung, Vereine!

Die Quartierkommission trifft am Donnerstag, den 21. April, in der Landesleitung, Bergstraße 4, um 15 Uhr. Jeder Bezirk muß unbedingt einen Vertreter zur Mitarbeit in die Quartierkommission entsenden. Die Landeskonferenz rückt immer näher. Deshalb heran an die Arbeit. Quartiere, welche bereitgestellt werden sind, an das Büro der Landesleitung, Bergstraße 4, melden.

Merseburg-Querfurt

Polizei prügelt Trauerzug auseinander

Am Sonntag fand in Neumark die Beerdigung der beiden verunglückten Kinder des Genossen Behlert statt. Die Arbeiterschaft des Geiselstales war zahlreich erschienen, um den beiden Kindern, von denen eins Mitglied des JSP war, das letzte Geleit zu geben. Der Trauerzug war von unseren Genossen angemeldet und auch genehmigt worden. Als der Zug sich jedoch bereits zum Friedhof in Bewegung gesetzt hatte, wurde er plötzlich von der Polizei gesprengt die auf die Teilnehmer einschlugen und es besonders auf den Vater der beiden toten Kinder abgesehen hatte. Die Polizei erblickte in dem Trauerzug eine politische Demonstration. Dieses Vorgehen der Polizei löste unter der Arbeiterschaft des Geiselstales ungeheure Empörung aus. Wer hat der Polizei die Anweisung zum Losprügeln gegeben, und unter welcher Begründung? Sollte der Geistliche von Neumark dahinter stecken — der verhindern wollte, daß revolutionäre Arbeiter auf dem Friedhof sprechen?

Arbeiter-Sport

Bezirk Halle, Fußballsparte

Spiele in der Woche

Mittwoch, den 20. April

981	17 Uhr	Döllnitz 3—Bruckdorf 3	Weßmar

Donnerstag, den 21. April

982	17 Uhr	Döllnitz 2—Bruckdorf 2	Ammenhart
983	18 „	Nelemia Jgd.—Glesdorf Jgd.	Riesfaus
984	17 „	Meiderburg 3—ASV 2	Gröbers
985	17 „	FSV 3—Minerva 3	Lettin
986	16 „	Kröllwitz 3—Lettin 3	Teutonia
987	½18 „	Viktoria Jgd.—Fortuna Jgd.	FSV

Handballsparte, Bezirk Halle

Folgende Wochentagsspiele finden statt

Donnerstag, den 21. April

285	17½ Uhr	FSV Süd 1—Seeben 1	F. Wolf, Nietleben

Freitag, den 22. April

286	17½ Uhr	Nietleben 1—Cröllwitz 1	Gumbrecht, FSV, Reno

Landesschiedsrichterausschuß

Am Sonnabend, dem 30. April, findet in Halle, Friedrichstraße, Rest. Friedrichsgarten, eine außerordentliche Generalversammlung der Schiedsrichtergruppe des Landesgebietes Mitteldeutschland statt. Hierzu hat jeder Schiri, auch Prüfling vom Bezirk Halle zu erscheinen. Ferner müssen die Schriftführer der Bezirke Halle, Merseburg, Bitterfeld, Zeitz, Naumburg, Weißenfels und Sangerhausen bis spätestens 25. April ihre Abrechnungen bei mir eingesandt haben.

Bezirksschriftführer: Max Braunsch, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt: Arthur Burkert, Halle, für den Angeigenteil.

Haus-dem-Bezirk

Mittwoch, den 20. April 1932.

Oeffentliche Anprangerung

Statt einer schriftlichen Antwort.

Bockwitz fand am Donnerstag nach einer öffentlichen Versammlung eine Aussprache der Parteileitung mit dem Referenten statt. Die Genossen beschwerten sich beim Referenten darüber, daß sie in der letzten Zeit kein Material mehr erhalten haben, wie Broschüren, Zeitungen, die „Internationale" usw. Auf Nachfragen wurde der Bezirksleitung zugeschoben.

Wir stellen fest: die letzte Zahlung an den Literatvertrieb in Bockwitz aus Bockwitz am 21. September vergangenen Jahres ist bis heute nicht abgerechnet. Die Schulden betragen bis heute 5 Mark abgerechnet. Die Schulden betragen bis heute 18,72 Mark für Broschüren.

Auch hängt Bockwitz mit der Abrechnung von 9 Nummern „Kämpferin" mit einem Betrage von 28,80 Mark. Hier wurde noch nichts bezahlt.

Wir appellieren nunmehr an die Parteimitglieder im Bezirk und die parteilosen Arbeiter, diese Ortsgruppe durch genügenden Druck in Trapp zu bringen.

Bezirksleitung der KPD.

Weißenfels-Zeitz

Weiter üben Solidarität mit Kleinbauern

Freyburg a. U. Am 13. April sollte in Müncheroda bei Freyburg der kleine Landwirt Oswaldt aus seinem schon verkauften Hause herausgesetzt werden, desgleichen sollte auch die letzte Kuh versteigert werden. Es waren drei Proleten erschienen zum Schutze, diese waren ganz verdutzt, als unsere Genossen dastanden, um was es sich handelt. 3 Gendarmen und der Gerichtsvollzieher waren da, sogar das Ueberfallkommando lag in Alarmbereitschaft. Der Amtsvorsteher war auch dafür, daß Oswaldt die Kuh wurde. Daraufhin verhandelten unsere Genossen mit dem Gerichtsvollzieher und weil keine andere Wohnung vorhanden war, sah der Amtsvorsteher gezwungen, von der Exmittierung zu sehen.

Um 11 Uhr sollte die Kuh versteigert werden, aber welch ein Schreck, die Kuh war verschwunden. Der Gerichtsvollzieher und die Gendarmen setzten sich ins Auto und suchten wie die Spürhunde das Dorf nach der Kuh ab. Durch Verrat eines Fremden fanden sie die Kuh in einem unterirdischen Steinbruch versteckt vor. Ein junger Mann wunderte sich, daß die Gendarmen in der Gegend rumschnüffelten und sieht, daß da eine Kuh steht. Dieser junge Mann ging zum Gerichtsvollzieher und Gendarmen aufgefordert, das Vieh nach Freyburg zu schaffen. Nun soll der junge Mann noch eine Strafe erhalten.

Der Wagen sollte mit versteigert werden. Oswaldt bekam den Wagen wieder zur Verfügung gestellt, da kein Gebot getan wurde. Die Freyburger Genossen spannten sich an den Wagen und schafften ihn unter Dach und Fach.

Es ist der über 60 Jahre alte Kleinbauer Oswaldt vor einem Unglück. Dieses Schicksal droht allen Kleinbauern im Kapitalismus. Darum heißt es: Mitkämpfen für ein rotes Preußen, für ein Land der Arbeiter und Bauern, das erst den Kleinbauern eine Existenzmöglichkeit geben wird.

Mansfeld-Sangerhausen

Eine falsche Losung!

Auf der Erwerbslosenkonferenz, die den Lichtstreik im Mansfeldbezirk beschlossen hat, ist die Losung ausgegeben worden:

„Sucht die Oelfunzeln und Talglichter hervor!"

Ist diese Losung falsch, opportunistisch? Wir nicht freiwillig auf elektrische Beleuchtung verzichten und mittelalterlichen Lebensformen zurückkehren. Wir führen den Kampf um Verbilligung der Strompreise. Wir beschließen den Kampf mit als Erwerbslose zu zahlen in der Lage sind, und erreichen diesen Beschluß durch, indem wir dem Kassierer nicht den Gesamtbetrag zahlen, den er uns vorlegt, sondern den Betrag, der von uns festgesetzten Preis entspricht. Wenn dann die Gegenzentrale auf unsere Kampfmaßnahme mit der Sperrung antwortet, dann nehmen wir den Kampf gegen diese Sperrung auf und führen die Stromabnehmer zu höheren Kampfformen.

Der Parole von der Oelfunzel, mit dem Verzicht auf den Verzicht wir von diesen höheren Formen des Kampfes zurückkehren, offensiv wollen wir den Kampf führen. Wir wollen Strom verbrauchen, wir verzichten nicht, aber wir zahlen nur, was wir zahlen können.

Mit dem Lichtmann 20 Pf. für die Kilowattstunde und keinen Pfennig mehr!

Sperrt, wenn man euch den Strom sperren will!

Mit solchen Losungen muß der Kampf geführt und gesteigert werden.

Herr Becker hat nichts gespart!

7. April 1932 brachten wir einen Artikel unter der Rubrik „Wir antworten den Bonzen von der „Eisernen Front". Zu diesem Artikel schickt uns der Konsum-Lagerhalter Wolferode, unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung.

Es ist nicht wahr, daß ich dafür gesorgt habe, daß die ledigen

Schlag gegen Braun-Severing-Hitler

Eine gute Werbearbeit leistete als Kolporteur der Genosse Rätzel in Merseburg. Er steigerte die übertragene Anzahl „Rote-Echo"-Abonnenten

von 31 auf 73

Ihr ehrenamtliche Kolporteur bringt gute Resultate und mehr zustande?

•

Gleichzeitig steigerte Merseburg durch Umtausch des „Roten Korrespondenten" seine „Rote-Echo"-Leser von 320 auf 595

Kolporteure für das „Rote Echo"!

Frische Schweine-Leber
Frische Schweine-Nieren **64**

Ganz Halle staunt wieder!

Mittwoch und Donnerstag zwei große Reklame-Tage!

Nur hiesige Schlachthofware!

Zart. Bratenfleisch ohne Knochen sowie zarte Roastbeefs ..... 1 Pfund nur **64**

Zartes Kouladenfleisch nur **75**

Allerfeinste Knoblauchwurst **60**
Prima geräucherter Speck
Frischer Schmeer .. nur **48**
Frischer Speck

A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Zur Beachtung!

Heute und folgende Tage Fortsetzung des großen **Weißenfelser Volks- u. Frühlingsfestes** auf den Schützenhausplätzen. Donnerstag nachmittag Kindertag, für kleine Kinder von 2—6 Jahren. Antreten 4 Uhr am Schützenhausgarten. **Freitag abend** großes **Brillantfeuerwerk.** Um gütige Unterstützung bitten die Unternehmer.

Walhalla
Täglich 8 Uhr
Eva
das
Fabrikmädel
Operette von Franz Lehar
Kleine Preise

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch 9 bis nach 22 Uhr
Letzte Aufführung
Schauspiel von Alex Dreyer
Donnerstag 20 bis gegen 23 Uhr
Eugen Onegin
Oper v. P. Tschaikowsky
Abbl. b. 6. Stammk. Karte erbeten

Reservierter Großkugel

Fensterscheiben
Moebius, Dess. Str. 5

Gelegenheits-verkauf
von gebrauchten u. neuen
Möbeln
nur bei
Paul Schäfer
Bitterfeld, Mühlstr. 16

Nur beim Inserenten kaufen!
Bei allen Einkäufen beruft euch auf den
Klassenkampf

Gelegenheitskauf
br. Boxcalf Herren-Schnürschuh
sonst 14.50, jetzt **7.50**
farbige Damen-Spangenschuh
sonst 8.50, jetzt **4.90 2.90**
H. Wiebach Kl. Ulrichstraße 11/12

Schokoladen und Zuckerwaren kauft man nur bei
Weigel Bitterfeld Rathenauastraße 1

Möbel auf Teilzahlung
Küchen, Schlafzimmer Speisezimmer
Alle Einzelmöbel in großer Auswahl zu herabgesetzt. Preisen und spielend leichten Zahlungsbedingungen. Lieferung frei Haus
Möbelhaus H. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 58
I., II., III. Etage
(im Hause der Nordseefischhalle)

Gebt für die Rote Hilfe

Der erste Blick
der Hausfrau fällt auf den Inseratenteil, sie sucht vorteilhafte Einkaufsquellen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0007

Führer durch die Geschäftswelt

Halle

RK

Bei **KARSTADT** kaufen heißt **gut und billig** kaufen! 35227

Gebr. Kroppenstädt 35498
Möbelfabrik — Gr. Märkerstraße 4
Äußerst günstige Zahlungsbedingungen

Deutsches Gesellschaftshaus
35236 Leipziger Str. 63 — Tel. 25983

Farben u. Lacke
aller Art und für jeden Zweck liefert vorteilhaft
Maaß & Co. 35274
Fabrik für Lack- Kosmetik- u. Anstrichfarben
Herrenstraße 11 und Rellock — Ruf 24708

Sanitas-Bad Mittelstraße 20
Alle Sorten Bäder und Massagen, auch für sämtl. Krankenkassen
35306

35128 Trinkt euer **Freyberg-Bräu!**

Otto Mucha
Tabak- und Süßwaren-Großhandlung
Lerchenfeldstr. 12 u. Große Nikolaistr. 6 35127

HAUPTBAHNHOFSWIRTSCHAFT HALLE A. D. SAALE
Beste Waren zu Originalpreisen
35609
Gute, billige Hausmannskost!

Eßt Orling's Würstchen!
Wilhelmstraße 32 35604
Gegründet 1837 — Tel. 22398

Möbel
Geschmackvolle Wohnungseinrichtungen u. bekannt billigsten Preisen
35228
Gebr. Jungblut
Halle a. S.
Albrechtstr. 37

Emmy Guenin
Leitg.: Woll- u. Kurzwaren 35470
Glauchaer Str. 40

Rind- und Schweineschlächterei
Fr. Friedr. Peuleke
Stand auf dem Markt b. d. Marktbutterstelle

Franz Conrad
Kolonialwaren, hausschlacht. Wurstwaren
35223 Torstr. 28

Lebensmittel
Fritz Reizig 35219
Glauchaer Str. 57

Eisenwaren und Hausgerät im 35238
Spezialgeschäft

Möbel bei 35094
O. Bernhardt
Herrenstr. 19

Licht-, Kraft-, Radioanlagen
Reparaturwerkstatt
Alfa-Ladestation
Hans Fröhlich
Wörthstr. 19 35095

Fahrräder u. Motorradreparaturwerkst. Verk. u. Radio-Abt. Werk. bei
Fritz Schleicher
Gr. Gosenstr. 27 35097

Richard Lieder
Fleisch- und Wurstwaren 35118
Merseburger Str. 21

Willy Strunk
Fleisch- und Wurstwaren 35121
Schweitzerstr. 19

Otto Ulbricht
Fleisch- und Wurstwaren 35124
Glauchaer Str. 28

Walter Asmus
Haushaltungsgegenstände Papier- und Schreibwaren 35196
Merseburger Str. 103

Walter Titze
Lebensmittel
Schwitzerstr. 19 35200

Max Kienberg
Tabak- u. 35301
Papierwaren
Zirkelstraße 10
Telefon: 52349

Kauft 35207
Kolonialwaren in Fachgeschäften

Kranke Gewissenhafte Behandlung
Albrecht. Leipziger Str. 94, 1
35605 früher **Albrechts Naturheilanstalt**
Geschlechtskranke usw. ausgeschlossen

Kramer's Konzerthaus
Deutscher Str. 2 35603
Täglich Konzert
Montags bis Donnerstags Tanz

Besucht 35602
Kaffeehaus Laue!
Halle, Leipziger Str. 61—62
Solide Preise — Gutes Gebäck

Schütze Deine Familie
durch Beitritt zur 35601
Begräbnis-Versicherung „Deutscher Herold"
Geschäftsstelle: Max Burkel
Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Dietzit"
Kl. Steinstr. 4 Fernruf: 26393

M. Schellenberger Benkendorfer Straße 86
Kolonialwaren. Spez.: Hausschlachtene Wurstwaren — 6 Prozent Rabatt 35117

Max Schröder Schweitzerstr. 18
Bäckerei, Konditorei 35116

Restaurant Friedrichsgarten
Friedrichstr. 33. Neue Gesellschaftsräume
Arbeiter-Verkehrsloka, Garten u. Kegelbahn, angenehm Familienaufenthalt 35292

Lebensmittel, Kolonialwaren
35613 hausschlachtene Wurstwaren
Inh.: Minna Klucke, Gr. Schloßgasse 7

Obst-Spezialgeschäfte 35611
Berliner Straße
Bernburger Str.
Königstraße
Wilhelm Pfeiffer

Preiswerte 35610
Möbel
bei **O. Haake**
Sternstr. 2, Rannischestr. 2

Kolonialwaren, Lebensmittel
hausschlachtene Wurstwaren 35612
Franz Pellmar
Flugplatz-Kolonie 59

Halle-Cröllwitz

Lebensmittelhaus Cröllwitz
Inhaber A. HERTEL
führt Qualitätsmarken zu billigsten Tagespreisen
Dölauer Straße 4 35394

Halle-Trotha

Lebensmittel-Vertriebsstelle Trotha
Trothaer Straße 20, bietet vorteilhaften Einkauf

Halle Nord

Billige Möbel bei M. Büttig — E. Hunold
Triftstraße 18 35091

Radio - Fahrräder - Nähmaschinen
REPARATURWERKSTATT
Gummi, Schallplatten, Elektrolitte bei
W. Rauch, Mühlweg 17
35093

Maß- und Reparaturwerkstatt
von **MAX BRODE**
Große Brunnenstraße 17 35096

Für Händler 35474
Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen, Wolle u. Schürzen zu billigen Preisen
Sally Biletzky, Landwehrstraße 10
TEXTILGROSSHANDLUNG

Kaffee **Gertrud Schröder** Lebensmittel Hausschlächter. Ludwigstraße 16

Johannes Thurm
Rosshaltbarer Öl
Glauchaer Straße 79 35471

Hermann Büqué, Lebensmittel
Langestr. 5 35606

Maggi-Suppen
fehlen in keinem Haushalt, sie sind nahrhaft und billig! 35437

KORN & ZÖLLNER
Brüderstraße 13
Fachgeschäft für Eisenwaren
Werkzeuge :: Baubeschläge
35496

IM HOTEL
„Weltkugel"
am Bahnhof
wohnt man am besten — ißt man am besten! 35231

Oswald Kirchner, Halle a. S.
Büschdorfer Str. 6 Telephon 26358
Filiale: Benkenderfer Straße 77
Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren 35218
ff. Aufschnitt. Spez.: Feine Pfälzer Brühwürstchen

Wo??? in Halle verlebt man die angenehmsten und gemütlichsten Stunden?? Im 35232
Café Freischütz
Inh. H. Hartung :: Kleine Ulrichstr.

Rest. Gesundbrunnen
Inh.: ADOLF KLIMANSCHESKI
Gegenüber der Rennbahn 35221

Vervielfältigungsapparate und Zubehör, Schreibmaschinen auch gebrauchte, ständig am Lager
Leipziger Str. 48/49 · Ruf: **33870**
35237

Kampf gegen die Kirche ist Kampf für den Sozialismus!
Werdet Mitglieder im Verband proletarischer Freidenker!
35223
Bezirksbüro: Halle, Lindenstr. 72

„Grüner Winkel" 35297
Schönstes Gartenlokal im Süden
Billige Preise — Am Lutherplatz

Vervielfältiger, Schreibmaschinen auch gebraucht, Schablonen, Abzugspapiere 35295
Aug. Weidy-Jaschke & Kloutsch
Bürobedarf — Telefon 247 58, 263 90
Halle, Leipziger Straße 22/23

Hüte und Mützen 35126
H. Gutermuth, Alter Markt 4

Görichtes Bierstuben 35298
Inh. Franz Görichs — Arbeiter-Verkehrslokal

R. Donnerstag Alle Lebensmittel Zeitungsannahme 35299
Fleischerei: Gosenstraße 20

Eßt „Müller-Brot"

Schuhwaren
Friedrich Oehlschläger mit Leipziger Str. 7

Molkerei Niemberg

STANDARD
Benzin Petroleum
Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft 35224

Bettenhaus Bruno Fa
Kleine Ulrichstraße 2 bis Dompla

Großfleischerei **A. Kopf** Wurstfabrik
Mansfelder Straße 10 / Wochenmarkt — Der bewährte Butter-A.
„SAALE-GOLD" ist bei mir in Kleinpackungen jederzeit erh.

Engelhardt-Biere

Sparkasse des Saalkrei
Hauptstelle: Halle a. d. Saale, am Stadtth
35 Nebenstellen
Wir dienen dem V

Döllnitzer Mühlenwe
35473 ff. Weizen- und Rogge

Trinkt die gute Milch aus der Halleschen Molk

Friedrich Schmidt Lebensmittel 35608
Trothaer Straße 56

Tabak-Ecke 35119
Merseburger Straße 20
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Kolonialwaren Kaffee Konditoren
5 % Rabatt
Gerhart Garts
Friedrichstr. 27

Schuh-Zadek Nachf.
35842 Steinweg 46, Ecke Taubenstr.

ff. Fleisch- u. Wurst
Vereinigte Fleische
Sternstr. 14, Ecke Mü

Adler-Drogerie
Königstraße 14, Ecke Leip
Farben, Lacke, Seifen, Parfü

Drogen, Farben, Foto
35123 Haushaltungs-Artikel
Bruno Fratzsch, Merseb

Drogerie E
Böllberger Weg 46 a, an der Heide
Farben, Photo, Seifen

Schokoladen und Zuckerwaren
Tornow Leipziger Straße 82
Die billigste Bezugsquelle 35236

Werkzeuge, Eisenwaren, Haushaltartikel, Gartengeräte 35304
Georg Temme
Delitzscher Straße 11

Karl Conrad Merseburger Str. 110
35299
Materialwaren und ff. Hausschlachtenes

JUNO
6 STÜCK 20 ₰
Josetti
JUNO o/m rund
lobt jeder!

Merseburg

Herren- und Knabenbekleidung, Herrenartikel bei
35798 **H. Wassermeyer**

Einheitspreise! 35833
25 Pf., 50 Pf., 75 Pf., 95 Pf.
Sporthaus KÄTHER
Gotthardtstraße 27

Lebensmittel-Zentrale
Charlotte Walter, Roßmarkt 4
35873 Mitgl. des Rabatt-Sparvereins

Brot- u. Feinbäckerei
Robert Krause
35872 Gr. Ritterstraße 1

Kohlen — Brennholz
Autofahren bei billigster Berechnung
35874 Welfe Mauer 1 / A. Vogler

Wo kauft man gut u. billig Seifenkl. u. Zucker? **Rech,** Spezialgeschäft 35835 Burgstraße 10

Lederhandlung 35834
Margarete Rader
Burgstraße 12

Mücheln

Rind- und Schweineschlächterei 35839
Kurt Marggraf
Topfmarkt 2

Posles, Post Weißenfels

Alfred Mank
Bäckerei und Kolonialwaren
Dorfstraße 35880

Göthewitz b. Weißenfels
Rich. Brauer
Kolonialwaren und Bäckerei 35867

Muschwitz b. Weißenfels
Friedrich Geinitz
Bäckerei u. 35868
Kolonialwaren

Obst und Gemüse kauft man gut u. billig bei **F. Kretschmann**
35875 Domstr. 1

Ammendorf

Kolonialwaren u. Hausschlachten
Jeden Mittwoch Schlachtfest
35836 **E. Wiegand,** Elisterstr. 2

Einwohner, deckt euren Bed. a. Textilwaren bei **Paul Thiele** Regensburg. Str. 132 35837

Genossen, deckt euren Bed. a. Seifenartikel bei **G. D. ertrich** 35838 Regensburger Str. 10

Bad Lauchstädt

Genossen, deckt euren Bedarf an Kohlen bei
Eduard Rosenkranz, Gt. Ulrich 17
35801

Arbeiter, deckt euren Bedarf an **Tabakwaren und Schulartikel** bei
35799 **E. Koch**
Inh.: Paul Walther
Merseburger Str. 4

Arbeiter, deckt euren Bedarf an **Fleisch- und Wurstwaren** bei
Wilh. Schramm
35802 Markt 14

Genossen, deckt euren Bedarf an Schuhen in d. Rep.-Werkst. 35801
Fritz Henschel
Naumburger Str. 16

Teuchern

Fleisch- und Wurstwaren 35761
bei **Otto Hinniger**
Schützenstraße 4

Bäckerei Hahnemann
Pegauer Str. 13
35862

Gasthof und Schlächterei „Zum guten Tropfen"
35863 Schützenstr. 13

Weißenfels

Trinkt die gute 35865
Milch aus der **Zentral-Molkerei Weißenfels-Zorbau**

Strümpfe, Weiß- u. Wollwaren, Kleiderstoffe, Resta
bei **Fr. M. Stengler,**
Beuditzstraße 85 35867

Weiß- und Rotweine
Pfalzweinhaus Jakobstr. 29 (Hths.) 35868
Liter 33 Pf. — Vorzeiger 5% Rabatt

Wiederverk. empf. wir uns bei Pant. u. Hausschuhe
König & Nöel 35864
Schlaßgasse 12
(Detailverkauf)

Weißenfels-Beuditz
Lebensmittel Kolonialwaren hausschl. 35869
Fleisch- u. Wurstwaren bei M. Reinhardt
Beuditz 3

Kretschau b. Weißenfels

Alfred Beer
Fleischerei
Nr. 29 35882

Oskar Taubert
Kolonial- und Kurzwaren
Dorfstraße Nr. 5 35883

Lützen

Reserviert 35866

Beruft euch auf eure Ze

Hohenmölsen

Besucht die Lichts
Preußischer H
Stumme und Tonfilm

Kurt Schwage
Rind- u. Schweineschlä
Weißenfelser Straße 3

Billige Fleisch- und Wurs
Paul Schubert
Weißenfelser Straße 28

Epela
Einheitspreise

Siersleben

Manufakturwaren 35848
kaufen Sie preiswert bei
Arno Kaufmann

Eßt u. trinkt Milch und Molkereiprodukte der Dampfmolkerei
35847
Siersleben und Zabenstedt

Kelbra

Spare auch du bei der
Stadtsparkasse Kelbra

Eisenw. 1.20 35819
Küchengeräte
Schierach
Kelbra

Besucht das „Schützenhaus"
35820
Kelbra

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0008

Narrt die sozialfaschistischen Demagogen Franken und Bergholz vom Zeitzer „Volksboten" — Ueber Bord mit der SPD-Lügenpresse!

Das Erfurter Programm gegen Severing-Preußen

Mobilisiert die werktätigen Massen gegen Hunger, Elend und Not und kämpft für ein rotes Preußen!

Von Otto Walter, Teuchern

Der Artikel betitelt: „Gewerkschaften zeigt den revolutionären Ausweg", der offen auf der zweiten Beilagenseite im „Klassenkampf" erschien, war auch von dem Genossen Otto Walter in Teuchern geschrieben. Wir ersuchen alle Parteiarbeiter, mit zur Ausgestaltung des Parteiorgans mitzuwirken, indem sie selbst mehr zur Feder nehmen und zum mindesten guterbeitende Arbeiterkorrespondenten werden. Die Redaktion.

Die Sozialdemokratie, besonders die „linken" Redakteure des „Volksboten", schreien sich tagtäglich heiser und schreiben sich die Finger wund, um die Arbeiter für ihre Partei einzufangen. Ein Mittel ist schlecht genug, keine Lüge zu gemein, um nicht im Kampfe gegen die Kommunisten angewandt zu werden. Dabei glaubte sie einige besondere Steckenpferde, durch die sie glauben, den schwindenden politischen Einfluß bei den werktätigen Massen zu erhalten. So lügt Bergholz: 500 000 Kommunisten hätten Hitler gewählt, obwohl Bergholz von der Unwahrheit seiner Lüge überzeugt ist. In Braunschweig sollen ganze Gruppen der Kommunistischen Partei zu den Nazis übergelaufen sein. Warum nennt denn der „Volksbote" keine Namen? Ja, deshalb, weil er weiß, daß kein Wort an seiner Behauptung wahr ist. Diese Lüge wird in die Welt gesetzt, um die reaktionäre Politik der Preußenregierung zu verdecken. Das neueste Steckenpferd des Herrn Franken ist das Verbot der SA und SS der Nazis. Was hat denn den Innen- und Wehrminister Groener veranlaßt, ein Verbot der SA auszusprechen, denselben Groener, der doch erst vor wenigen Wochen den Nationalsozialisten den Weg zur Reichswehr ebnete? Was hat denn Hindenburg veranlaßt, dieses Verbot zu unterschreiben?

Ein Geheimnis mehr — Hitler soll in die Regierung

Jetzt, nach dem Verbot der SA, ist Hitler koalitionsfähig für die Preußenregierung geworden. Staatspräsident Bolz vom Zentrum erklärte nach den Aeußerungen des „Vorwärts" vom 9. Januar:

„Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir eine nationalsozialistische Regierung solange verhindern, als die Nazis nicht Vernunft angenommen haben!"

Hitler hatte eigentlich schon immer „Vernunft" angenommen, wenn die proletarischen Elemente der SA gegen durchaus kein Verbot, wohl aber für eine Beteiligung Hitlers an der Reichsregierung. Die bürgerlichen Elemente wollte Hitler schon längst dämpfen, er wollte sich seiner SA nach den Wahlen sowieso entledigen, da die Sache politisch unerträglich wurde und auf die Dauer zu teuer kam, trotz der Millionensummen, die die Bourgeoisie zu diesem Zweck auswirft. Die „Rache" der Betrogenen ist bekanntlich nicht zu unterschätzen. Die proletarischen Elemente der SA hätten sich aber zweifellos als die Betrogenen entdeckt, wenn Hitler in die Reichsregierung gegangen wäre. Das konnte sich schließlich nicht nur gegen Hitler, sondern gegen die ganze kapitalistische Ausbeutergesellschaft wenden. Jetzt wird Hitler den bewußt reaktionären Teil seiner SA, von dem also die Bourgeoisieentdeckt offenen Verrat zu fürchten braucht, in irgendeiner Formation zusammenfassen. Hitler aber ist für den Eintritt in die Regierung reif — und die SPD hat eine neue Verräterthese:

Eine Regierung mit Hitler ohne SA ist das „kleinere Uebel" gegenüber der durch die SA heraufbeschworenen Gefahr des Bürgerkrieges.

Natürlich, um eine Ausrede war die Sozialdemokratie noch nie verlegen. Es fragt sich nur, wie lange die sozialdemokratischen Arbeiter diesen Schwindel glauben.

Preußen führt keinen Kampf gegen Hitler-Faschismus

Der „Volksbote" hat also wirklich keine Veranlassung, zu jubeln, daß die Politik der Sozialdemokratie gerechtfertigt sei. Es hat nie einen ernsthaften Kampf gegen den Hitlerfaschismus geführt. Im Gegenteil, die sozialdemokratische Preußenregierung hat den Kampf gegen jene Organisationen des Proletariats geführt, denen es mit einem erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus ernst war.

Die sozialdemokratische Preußenregierung hat den RFB verboten. Sie hat erst vor einem knappen Jahr die Spartakiade der roten Sportler verboten, sie hat dagegen das Verbot des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen aufgehoben, weil es der Wunsch des Ehrenmitgliedes von Hindenburg war, sie hat den Aufmarsch des Stahlhelms in Potsdam erlaubt. Wo ist denn hier der Kampf gegen Faschismus?

Das Proletariat hat keinen Grund, sich etwa durch das SA-Verbot in Sicherheit zu wiegen. Nein, die Arbeiter werden mit dem Terror und der Mordsucht des reaktionären Teiles Preußens preisgegeben sein. Auf Zugehörigkeit zur SA kann auch Todesstrafe erkannt werden, so lautet die Verbotsbegründung. Wo, sie können es schon mal wagen, mit der bewußt reaktionären Truppe eine illegale Organisation aufzumachen. Dessen werden nicht 7000 Nazis in den Gefängnissen schmachten, sondern mit klassenbewußten Arbeitern geschieht.

Sozialismus in Preußen keine Spur

Die Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitag in Erfurt im Jahre 1891 ein Programm aufgestellt. Seit 13½ Jahren regiert nun Preußen eine „sozialistische" Regierung. Wir verlangen ja nicht in diesen 13 Jahren hundertprozentigen Sozialismus, aber in so einer langen Zeit muß doch wenigstens etwas Sozialismus zu spüren sein, wenn in der Agitation der Sozialdemokraten immer von der „Demokratisierung des Staates" und des „Sozialismus" geredet und geschrieben wird.

Untersuchen wir die tatsächlichen Verhältnisse:

„Erfurter" Programm	Severingsche Preußenpolitik
Direkte Gesetzgebung durch Volk. Selbstbestimmung und Verwaltung des Volkes in Ländern und Kommunen. Wahl der Behörden durch das Volk.	**Die Regierung Braun-Severing setzte einen kommunistischen Bürgermeister nach dem anderen ab. Kein Kommunist wird als Bürgermeister oder Gemeindevorsteher bestätigt. Die Stadtverordneten können hundertmal beschließen, keine Bürgersteuer zu erheben. Die Preußenregierung kommt und diktiert 500—600 %. Die Arbeiterschaft in den Betrieben muß 45.— Mark Bürgersteuer zahlen.**
Abschaffung aller Gesetze, die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereins- und Versammlung einschränken oder unterdrücken.	**Tausende Arbeiter sind verurteilt, da sie es wagten, unverblümt die Wahrheit zu sagen. Jede kommunistische Zeitung ist mehrere Male verboten gewesen, da sie zum Kampf gegen die Ausplünderung der Millionen Werktätigen aufrufen. Der Rote Frontkämpfer-Bund ist verboten. Viele Versammlungen wurden nicht genehmigt, andere aufgelöst.**
§ 6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung der Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zur kirchlichen oder religiösen Propaganda.	Die Sozialdemokratie stimmt für das Preußen-Konkordat. Pro Kopf der Bevölkerung erhalten die Pfaffen 1,97 Mark. Also mehr als das Doppelte des für allgemeine Wohlfahrt ausgeworfenen Betrages.
§ 7. Weltlichkeit der Schule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts der Lehrmittel und der Verpflegung.	Die Preußenregierung hat die Anstellungssperre für dissidentische Lehrer verhängt. Keine unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln. Kinderspeisung wird nicht durchgeführt, aber Panzerkreuzer werden gebaut.
§ 8. Rechtsprechung vom Volke gewählter Richter. Abschaffung der Todesstrafe.	Preußen gibt für Justiz jährlich 446 Millionen Mark aus. Die Richter werden nicht vom Volke gewählt. Deshalb erhielt am Sonnabend in Zeitz ein Reichsbannerarbeiter vor dem Schnellrichter ein Jahr Gefängnis wegen Widerstandes, während Nazis straffrei ausgingen.
§ 9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.	Die Preußenregierung hat keinen Einspruch gegen die Erhebung einer Gebühr von 50 Pf. pro Krankenschein erhoben. Die Aerzte stehen unter Druck der Krankenkassen. Es kommt vor, daß Kranke gesund geschrieben werden und nach wenigen Tagen sterben.
§ 10. Stufenweise Steigerung der Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Abgaben. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit denen der Minderheit opfern.	Der Kapitalist braucht sich seine paar Mark Bürgersteuer nicht abhungern, der Arbeiter aber muß dafür seinen Kindern das Brot vorenthalten. Preußen hat nie gegen die rigorose Zollpolitik irgendeiner Reichsregierung Einspruch erhoben. Im Reiche stiegen die Zölle von 357 Millionen im Jahre 1924 auf 1200 Millionen im Jahre 1929 während der Periode der sozialdemokratischen Müller-Regierung. Die arbeiterfeindlichste Steuer, die Hauszinssteuer, stieg auf annähernd 2 Milliarden Mark, wovon Preußen für sich 48½ % erzielt. Arbeiter, die mit 18 Mark Wochenlohn nach Hause kommen, müssen die Steuer aufbringen. Wieviel Exmittierungen mögen schon durch diese unsozialste aller Steuern vorgenommen worden sein? Doch was stört das die „sozialistische" Regierung!

Wo haben die Sozialdemokraten der Preußenregierung einen Punkt „ihres" Programms durchgeführt? Die Politik der Regierung Braun-Severing war eben so, wie sie die Kapitalisten wünschten. Aber schreit doch dann nicht von einem „roten" Preußen. Dieses Preußen ist genau so schwarzweißrot wie das Preußen Bismarcks.

Sozialdemokratische Genossen und Genossinnen!

Die Sozialdemokratie hatte doch auch einmal Forderungen zum Schutze der Arbeiterschaft auf ihr Programm erhoben? Was hat sie denn da durchgeführt? Lassen wir auch hier Tatsachen sprechen:

a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages.	**Trotz 6 Millionen Erwerbslosen wird heute noch in vielen Industriezweigen länger als 8 Stunden gearbeitet. In der Landwirtschaft oft 12 und mehr Stunden, ohne daß die SPD-Krüger-Polizei von Weißenfels den Gummiknüppel gegen die Großgrundbesitzer angewandt hat, den sie doch gegen das Proletariat so oft zückt.**
b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren.	**In der Landwirtschaft, in der Heimindustrie, im Zeitungsgewerbe usw. sind Hunderttausende von Kindern beschäftigt. Die Not der Eltern zwingt sie, schon die Kinder der Ausbeutung zu überlassen.**
4. Sicherstellung des Koalitionsrechtes!	**Die KPD, RGO, die roten Verbände und revolutionären Massenorganisationen sind der ständigen Verfolgung der Polizei ausgesetzt. Bei Streiks der Arbeiterschaft befehlen die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten die Polizei gegen die Streikenden, werden Streikführer verhaftet und in die Gefängnisse geworfen.**
§ 5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.	**Die Vertreter Preußens im Reichsrat haben keinen Einspruch gegen die Erhebung von Beiträgen zur Erwerbslosenversicherung erhoben. Ebenfalls haben sie der dauernden Beitragserhöhung stets zugestimmt bei gleichzeitiger Herabsetzung der Unterstützungssätze. Der Unterstützungsabbau wird in Permanenz betrieben, die Unterstützungsdauer ebenfalls gekürzt.**

Aber wie steht es denn mit der Wohlfahrtsunterstützung? Hat nicht gerade der sozialdemokratische Landrat Dr. Acker von Zeitz die Richtsätze gemäß der Anweisung der Preußenregierung gekürzt, trotzdem der Kreisausschuß in der überwiegenden Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht? Sind nicht die Richtsätze im Kreis Weißenfels besonders niedrig, obwohl der „demokratische" Landrat von der Sozialdemokratie verteidigt wird?

Von Sozialismus im „roten Preußen" keine Spur.

Sozialreaktion in Severing-Preußen

Der sozialfaschistische Redakteur Paul Franken erzählt in jeder Versammlung, was Preußen für die Armen leistet. Damit diese Leistung nicht in das rechte Licht gerückt werden kann, wird den kommunistischen Diskussionsrednern das Wort ganz verweigert oder die Rednerzeit begrenzt. Wie steht es in Wirklichkeit mit der so sehr gepriesenen Wohlfahrt aus?

Die Ausgaben für Wohlfahrt betrugen im Jahre

1928 . . .	46 Millionen Mark
1929 . . .	43 Millionen Mark
1931 . . .	37 Millionen Mark

trotz riesiger Zunahme der Erwerbslosigkeit.

Den Gemeinden werden immer größere Mittel vorenthalten, die dann für den staatlichen Unterdrückungsapparat verwendet werden. Die sozialdemokratischen und bürgerlichen Wohlfahrtsdezernenten, Bürgermeister, Landräte usw. tun ihr übriges, um ebenfalls so reaktionär wie nur irgend möglich zu wirken. Alle sozialdemokratischen Gemeindevorsteher im Unterbezirk Zeitz-Weißenfels haben die Bürgersteuer eingeführt. Den Arbeitern, die mit 18 Mark Wochenlohn nach Hause gehen, wird bis 45 Mark Bürgersteuer vom Lohn gepfändet. Diese 45 Mark muß sich der Arbeiter abhungern.

Es ist keine Seltenheit mehr, daß Arbeiter mit trockenem Brot zur Arbeit gehen

Auf der anderen Seite gehen Kreis und Gemeinden dazu über, die Unterstützungssätze abzubauen oder ganz einzubehalten. Fast kein Jugendlicher erhält mehr Unterstützung.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Teuchern antwortete einem Antragsteller auf Wohlfahrtsunterstützung folgendes:

„Ihrem Antrag kann nicht entsprochen werden, da Ihr Vater ein Einkommen hat, das an die Richtsätze heranreicht. Gemäß den Richtsätzen könnte Ihnen eine monatliche Wohlfahrtsunterstützung von 23 Pfennigen ausgezahlt werden, die Sie sich dann mit Ihrem Bruder teilen müßten."

23 Pfennig Wohlfahrtsunterstützung und die soll er sich noch mit seinem Bruder teilen.

Der Landrat des Kreises Weißenfels verordnete, daß ledigen Erwerbslosen, die keine Unterstützung bekommen, kein Krankenschein mehr verabreicht werden darf.

Sozialdemokratischer Arbeiter, entscheide: Ist es nicht höchste Zeit, daß dieses Preußen der Sozialreaktion schnellstens verschwindet?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0009

Preußen ist ein Mussolini-Polizeistaat

Mit dem Geschrei über den preußischen Wohlfahrtsstaat ist es nun aus. Der Hunger der Erwerbslosen, die nähte leeren Taschen der Jugendlichen, reden eine nicht nur ehrene, sondern eine drohende Sprache.

Während also das „rote" Preußen für die Arbeiterschaft sehr wenig übrig hat, kennt es bei den Ausgaben für den Unterdrückungsapparat gegen die Werktätigen keine Grenzen.

Das königliche Preußen gab für die Polizei 105 Millionen Mark aus.

Das „rote" Preußen gab aus:

Jahr	Polizei	Justiz
1928	416,9 Millionen M.	391,4 Millionen M.
1929	437,3 Millionen M.	416,9 Millionen M.
1931	437,6 Millionen M.	446,9 Millionen M.

Pro Kopf der Bevölkerung betragen die Ausgaben für

Polizei	10,94 Mark
Justiz	11,17 Mark
Wohlfahrt	—,92 Mark

Wir sehen also, daß hier nicht nur der Geist Bismarcks umgeht, sondern daß Bismarck von den Sozialdemokraten Braun-Severing direkt in den Schatten gestellt wird. Welche Aufgabe hat nun diese „Volkspolizei", die uns soviel Geld kostet, zu erfüllen?

Allen Arbeitern ist noch das Erschießen der 33 Arbeiter, die am 1. Mai 1929 in Berlin demonstrierten, in Erinnerung. Die Polizei Zagows im königlichen Preußen ging in der Regel mit dem Säbel vor. So primitiv ist Severing nicht, hier werden „härtere Waffen" angewendet.

Trotzdem versteht die Polizei auch glänzend mit „weichen" Waffen zu „arbeiten". Wieviel mal hat die Polizei des preußischen Innenministers Severing und des Weißenfelser Polizeipräsidenten Krüger — beide tragen das Mitgliedsbuch der Sozialdemokratie in der Tasche — mit dem Gummiknüppel den

Die Severingsche Polizei immer kampfbereit zum Schutze der Interessen der kapitalistischen Machthaber.

Weg zur Demokratie frei gemacht in Leuchern, in Weißenfels, wurde [illegible] knüppel auf die Arbeiter nieder, die gegen [illegible] Faschisten protestierten.

Beim Streik der Bergarbeiter der Grube „S[illegible]" ein Aufsichtsbeamter der Krüger-Schupo zur Verfügung [illegible] wie ist:

In Verbindung mit dem Streikbruch der Organisierung der Streikbrecher durch die [illegible]tische Verbandsbürokratie wurde der Streik [illegible]

Bergarbeiter, die vor dem Lohnabbau 36 Mark pro Woche nach Hause gingen, hielten dieses Mal 23 Mark Wochenlohn

Die Bergarbeiter kamen nicht einmal auf [illegible]. Dazu muß jeder Werktätige 1934 Mark für die Polizei zahlen, damit sie denn durch den Gummiknüppel [illegible] fern die Löhne zu senken und dem Unternehmer [illegible] vermehren.

Das wahre Gesicht des Polizei[illegible] Preußen

Sozialreaktion — Kulturreaktion — Ke[illegible] gegen den Hitler-Faschismus — Sozialf[illegible] Politik — Polizeistaat — Politische und [illegible]liche Unterdrückung in höchster Form.

Soll das so weitergehen? Ausgeschlossen! — Schluß t[illegible]

Sozialdemokratische Arbeiter dürfen am [illegible] Braun-Severing-Frauen wählen. S[illegible]litik in Preußen an; dieses Preußen ist kein [illegible] ein reaktionäres Preußen. Seht euch die Politi[illegible] den mit sozialdemokratischer Verwaltung an. [illegible] bürgerliche Politik wie in Gemeinden mit bür[illegible]rer Verwaltung.

Darum, sozialdemokratische Klassenbrüder und -schwestern, entscheidet euch am 24. April für ein rotes Preußen im Räte[illegible]

Klassenbewußte Arbeiter wählen Kommunisten — die L[illegible]

Auch ein Stück Gemeindesozialismus

SPD-Gemeindevorsteher verhöhnt und provoziert Erwerbslose

Staatsanwalt beantragt 87 Monate Gefängnis

A.-K. Helbra. Die Wohlfahrtserwerbslosen von Helbra haben Ende September 1931 einen Pflichtarbeiterstreik durchgeführt. Dieser Streik führte zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Deswegen standen jetzt in der vorigen Woche 14 Erwerbslose vor dem Gericht. Aus der Vernehmung der Angeklagten ergab sich folgendes Bild der Vorgänge.

Den Pflichtarbeitern wurde keine richtige Arbeit zugeteilt. Es war nur ein Rumtrotteln. 18 Mann wurden mit einer einzigen Kneifzange irgendwo hingeschickt, um Nägel aus altem Holz zu ziehen. Während also ein Mann arbeitete, mußten 17 zugucken. Acht Mann wurden mit zwei Beilen zum Holzhacken an eine andere Stelle geschickt. Diese Art Pflichtarbeit empfanden die Erwerbslosen als Schikane; es widerte sie an und verlangten Abhilfe. Der angeklagte Genosse Bauer sagte treffend den Richtern ins Gesicht: „Wir Erwerbslosen sind keine Faulenzer, aber unter solchen Umständen, wie in der Gemeinde Helbra, kann keine Arbeit geleistet werden." Der Sozialdemokratische Gemeindevorsteher Fleer lehnte alle Forderungen der Erwerbslosen ab. Daraufhin faßte eine Erwerbslosenversammlung den Beschluß, die Pflichtarbeit solange einzustellen, bis entweder nur ein Arbeiter zum Nägelausziehen geschickt oder aber die alle Werkzeuge gestellt werde. Fleer ließ sofort einen Beschluß vom Gemeindevorstand (nicht von der Gemeindevertretung) fassen, daß sämtlichen Erwerbslosen am folgenden Freitag keine Unterstützung zu zahlen sei. Der kommunistische Gemeindevertreter Genosse Dönau wandte sich gegen diesen Beschluß; aber der Sozialdemokrat Fleer erklärte: „Erst habt ihr gestreikt, und jetzt streikt meine Kasse. Geld gibt es nicht."

So kam es, daß am 2. Oktober, dem nächsten Zahltag, die Erwerbslosen mit Frauen und Kindern zum Gemeindeamt zogen, um ihre Unterstützung in Empfang zu nehmen. Eine nochmals gewählte Verhandlungskommission verhandelte noch einmal mit dem Gemeindevorsteher. Der Sozialdemokrat Fleer ließ höhnisch und provozierend den Hungernden erklären: „Die Kasse streikt, Geld gibt es nicht." Eine ungeheure Erregung ergriff durch dieses provozierende Verhalten des Gemeindevorstehers die Menge. Sie drängte nach dem Hausflur, um ihre Unterstützung zu fordern. Drei Landjäger, die an der Türe standen, mußten dem Druck ausweichen, nachdem sie Frauen und Kinder zu Boden geschlagen und mit dem Revolver bedroht hatten. Mit den Rufen: „Schießt uns tot!" verlangten die Erwerbslosen ihre Unterstützung.

Jetzt kam das Mitglied des Gemeindevorstandes, Schirmer, hinzu und griff ein. Endlich ließ Fleer mit sich reden. Als Zeuge sagte Schirmer unter Eid aus, das alles hätte in Ruhe erledigt werden können, wenn der Gemeindevorsteher gewollt hätte. Die Erwerbslosen haben kein unnötiges Wort gesagt. Die Beschwerden der Erwerbslosen waren berechtigt. Aehnliche Zeugenaussagen machte der Lehrer Riedel als Gemeindevertreter.

Die Dinge vor dem Gemeindeamt spielten sich innerhalb weniger Minuten ab. Es wurde den Erwerbslosen erklärt, daß um 1 Uhr in der Schule die Unterstützung ausgezahlt werde. Damit war die Ruhe wieder hergestellt. Das herbeigerufene Ueberfallkommando brauchte nicht mehr einzugreifen. Der leitende Beamte, Oberleutnant Otto aus Eisleben, erklärte vor Gericht eidlich: „Die Arbeiter im Hausflur waren ziemlich ruhig. Nur ein Herr Bauer war etwas aufgeregt über das Verhalten des Gemeindevorstehers. Meiner Aufforderung wurde in allen Fällen Folge geleistet."

Trotz dieser Aussagen beantragte der Staatsanwalt gegen 14 Angeklagte 87 Monate Gefängnis.

Interessant ist die Zusammensetzung der Angeklagten. 5 gehören der KPD an, 2 dem Stahlhelm, eine Frau ist im Luisenbund und 6 Angeklagte sind parteilos. Die Rote Hilfe hat allen Angeklagten Rechtsschutz gewährt und ihnen als Verteidiger den Rechtsanwalt Rohde aus Eisleben gestellt. Dieser Rechtsanwalt ist gewiß kein Kommunist. Als Amtsgerichtsrat ist er in Düsseldorf gewesen und hat sich erst seit kurzem als Rechtsanwalt in Eisleben niedergelassen. Er verschärfte die Anklage dermaßen, daß selbst das Gericht zugeben mußte, daß die Angeklagten nicht mit böser Absicht gehandelt haben. In seinen Ausführungen betonte e[illegible] meindevorsteher einzig und alle[illegible] an diesem Auflauf — denn weiter war es [illegible]. Erst durch den Druck der Menge und das sozia[illegible] Zeugen Schirmer wurde Herr Fleer gezw[illegible] verständlichen Standpunkt zu ändern. Der Ver[illegible] darauf hin, daß die Landjäger den Kopf verlo[illegible] Erwerbslosen ins Gemeindeamt eindrangen. E[illegible] dem Verhalten der Polizei 1848 in Berlin und [illegible]. Er wies Widerspruch auch nach i[illegible] Landjäger.

Am zweiten Verhandlungstag fällte das Ge[illegible] teil: Paul Reichard: 4 Monate Gefängnis; [illegible] Karl Dönau, Friedrich Bauer, Heinrich O[illegible] nate Gefängnis; alle übrigen Angeklagten je [illegible] jängnis. In der Begründung betonte das Geri[illegible] in die Lage der Erwerbslosen versetzen könne[illegible]. Aber der Vertreter des Staates, der Sozialdem[illegible] in Gefahr. Daher mußten die Angeklagten bes[illegible].

Dieser Prozeß ist außerordentlich bezeichner[illegible] Sozialdemokratie. Dieser sozialdemokratische [illegible] der Arbeiterschaft brutaler gegenübergetreten [illegible] scher Bearmter im Vorkriegsrußland.

Sozialdemokratische Arbeiter! Kann ein[illegible] Methoden die Arbeiterschaft unterdrücken, als [illegible] Sozialdemokraten geschieht? Erkennt, daß die [illegible] breits überall gegen die Arbeiterschaft faschisti[illegible] bei, daß sie dem Faschismus systematisch den [illegible] den Kommunisten die Hand zum Kampf gegen [illegible] schismus, gleichgültig, ob er von Nationalso[illegible] Führern der Sozialdemokratie durchgeführt wi[illegible] gemeinsam um die Forderungen der Erwerbs[illegible] dienstpflicht, gegen Unterstützungsabbau, für A[illegible] heit. Wählt am 24. April Liste 4!

Wenn alle so aktiv wären,

wie der Genosse Adolf Kumme jun. in Merseburg, der im Laufe der vorigen Woche

2 „Klassenkampf"-Leser
6 „Rote-Echo"-Leser

geworben und extra noch 100 Einzelnummern des „Roten Echo" verkauft hat, so würde das Wahlresultat für die kommunistische Presse bald erreicht sein!

Achtung! Litobleute! Achtung!

Alle Gelder für verkaufte Literatur müssen sofort an die Litobleute abgerechnet werden. Sendet sofort Abschlagszahlungen. Alle bis zum 30. April eingehenden Gelder werden auf den Literatur-Wettbewerb angerechnet. Welche Ortsgruppe, Betriebs- und Straßenzelle erreicht den besten Vertrieb?

Preußen, der Schrittmacher der Brüning[illegible] Notverordnungspolitik

Aus der Rede des Genossen Wilhelm Koenen in der Schlußsitzung des Ra[illegible]tages 18. Juli 1930 zur Bürgersteuer-Notverordnung

„Wo ist der Ausweg? Der Innenminister Dr. Wirth hat bereits erklärt, daß die Steuernotverordnungen kein Ausweg sind. Der Finanzminister mußte ausdrücklich feststellen, daß in wenigen Wochen und Monaten die Reichskassen wieder leer sind, daß keine Aussicht auf Auftieg, auf Besserung und Linderung des Elends besteht.

Diese Situation stellt die SPD besonders vor die Frage, welchen Ausweg sie vorschlägt. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die Antwort ist bereits gegeben.

Herr Landsberg hat nur einige juristische Zwirnsfäden neu geschlungen. Doch die sozialdemokratischen Führer sind bereits von ihren eigenen Genossen als die Wegbereiter des Faschismus genannt worden. Heute hat diese Tatsachen Dr. Wirth bestätigt, indem er feststellte, daß bereits Hermann Müller den Artikel 48 anwenden wollte.

Die sogenannte Krise des demokratischen Systems wurde heute noch von Herrn Wirth unterstrichen, der betonte, daß im neuen Reichstag eine Mehrheitsbildung noch schwieriger sei als gegenwärtig. Das heißt: Reichsbannerkameraden Wirth sagt seinen Freunden schon heute:

„Schluß mit der Demokratie, Diktatur soll der Dauerzustand bleiben!"

Das ist der Wille des Zentrums und dann können die Zwirnsfädenreden des Herrn Landsberg nichts ändern. Aber wir möchten die SPD-Führer an das erinnern, was sie noch in den letzten Monaten und Wochen selbst diktatorisch durchgesetzt haben. Vor wenigen Wochen ist in Preußen die Grundsteuererhöhung, die gleichzeitig eine direkte Mietsteigerung bedeutet, vom Landtag in wiederholten Abstimmungen abgelehnt worden. Was geschah dareuf?

Die Steuererhöhung wurde von Bra[illegible] Grimme, den sozialdemokratischen Mi[illegible] mit dem „herrlichen" Demokraten H[illegible] und mit den jesuitischen Zentrumsle[illegible] durchgeführt (Hört! Hört! bei den [illegible]

Dazu kommt, daß es sich in Preußen nicht e[illegible] Ereignis handelt. Das Gelchäft der Dikta[illegible] diktatorische Verordnung von Steuern, d[illegible] gelehnt hat, betreiben die Braun und Se[illegible] Jahre lang. (Sehr wahr! bei den Kommun[illegible] aber auch andere Voraussetzungen für die [illegible] titels 48 geschaffen. Ihre Ebert und No[illegible] gewisse die Reichswehr in die Hand gegeb[illegible] Severing haben die Schupo geschaffen [illegible] gewisse die Gewaltmittel gegeben, auf die [illegible] führung ihrer Diktaturverordnungen stützt. [illegible] Kommunisten.)

Und noch eins darf man nicht ver[illegible] Herr Hörsing, der vor wenigen Wo[illegible] Regierung aus Ruder gekommen war, bei [illegible] beiter im Reichsbanner den Befehl herau[illegible] Maul zu halten hat, daß man den Kampf [illegible] Brüning nicht führen darf, daß die Regierun[illegible] gierung der Weimarer Republik sei. (Sehr [illegible]

Herr Landsberg hat eben auch einig[illegible] Steuervorschlägen gemacht und hat es an [illegible] demagogie nicht fehlen lassen. Daher wolle[illegible] festhalten

daß die Sozialdemokraten eine so [illegible] Besteuerung der Millionäre, abgelehnt [illegible] haben Zustimmung bei den Ko[illegible]

20.4.32

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0010

Sprengstoffwerk Reinsdorf („Wasag")

Chemiearbeiter wählen rot!

Nicht Wahl- sondern Kampflosung für den 24. April:

Mit den Kommunisten für Arbeit, Brot und Sozialismus!

Nur Liste 4!

partelloser Stickstoffarbeiter mahnt zum Kampf!

A.-K. Preußenwahl am 24. April! Der Stimmzettel wird die Entscheidung nicht bringen, das wissen wir. Aber wir Chemiearbeiter wählen rot, wir wählen Liste 4!

Warum? Weil die Kommunistische Partei rücksichtslos die Interessen der ganzen Arbeiterschaft vertritt und das nicht nur in den Parlamenten, sondern im Tageskampf der Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei zeigt uns den Weg der Befreiung aus kapitalistischer Knechtschaft. Die Kommunistische Partei führt uns!

Der Weg der Arbeiterschaft ist der Weg des unerbittlichen Klassenkampfes gegen die kapitalistischen Profithyänen.

Und es muß jeder Arbeiter erkennen, daß auf der Seite der kapitalistischen Vampyre nicht nur die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer stehen, sondern auch die reformistischen Betriebsräte. Bei uns in Wittenberg-Piesteritz vor allem die Brandleristen, die noch gefährlicher sind als die sozialdemokratischen Werkslakaien, denn sie versuchen mit raffinierten Betrugsmethoden, die Arbeiter für ihre Verräterpolitik einzufangen und sie vom Kampfe abzuhalten.

Der Kampfwille der Arbeiterschaft hat sich in unseren Betrieben wiederholt gezeigt. Jetzt zuletzt auf Gummiwerk Elbe. Eine Abteilung machte den Durchbruch. Durch Betrug Gewerkschaftsbürokratie wurde aber der Streik beendet, ohne daß neuer schändlicher Lohnabbau abgewehrt werden konnte. Die Einheitsfront muß in den Betrieben noch fester geschmiedet werden. Die Kollegen sagen: Noch aggressiver müssen wir vorgehen. Wir müssen uns gegen den Hunger wehren!

Es steht neuer Lohnabbau. Und es steht zu erwarten, daß im Verlauf des April die Chemiegewaltigen wieder den Versuch machen, ihre Lohnabbaudiktate brutal durchzusetzen.

Was dann?

Sollen wir den Lohnabbau kampflos hinnehmen?

Niemals!

Die Antwort auf Lohnabbau muß der Streik sein. Mit den Hungerlöhnen der Berbiensten kann heute niemand mehr auskommen!

Je schlechter es uns geht, je besser geht es den Ausbeutern. Machen ihren Profit und besonders spekulieren sie auf mögliche kriegswichtige Kriegsaufträge!

Die Kriegsproduktion ist in vollem Gange. Im fernen Osten bereits der Krieg. Die Chemiebetriebe sind die Rüstungsbetriebe des Imperialismus. Und die Imperialisten sind dabei, den Krieg gegen die Sowjetunion, das Vaterland der Arbeiter, vorzubereiten mit allen Mitteln vorzubereiten!

Zur Unkunft lassen jetzt die Ausbeuter die Hetzbroschüre „Allarm Sowjetrußland" in den Betrieben zirkulieren. Sie wollen die Arbeiter ideologisch für die Kriegsfront reif machen. Und die Sozialdemokratie und die Brandleristen helfen dabei!

Kein Arbeiter darf sich von der Burschen beeinflussen lassen. Wir müssen gegen die Ausbeuter und ihre getreuen Fridoline, die Brüning und Brandleristen, kämpfen. Wir müssen gegen den imperialistischen Krieg kämpfen durch Verhinderung von Kriegsproduktion! Wir müssen gegen den Lohnabbau kämpfen, gegen unser großer werdenden Hunger. Und deshalb wählt jeder Kollege

am 24. April nur die Liste 4!

Der Ausbeuter!

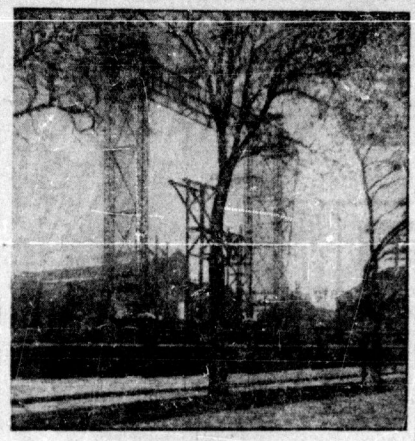
Die Arbeitshölle Stickstoff-Piesteritz

Arbeiterkorrespondenzen an den „Klassenkampf" — Signale wachsenden Kampfwillens

„Jeder muß an seinem Platz kämpfen"!

„Nur widerwillig gehen wir zur Arbeit. — Der Kapitalismus muß stürzen"

A.-K. Im CA-Ofenhaus ist die Schinderei kaum noch zum Aushalten. In jeder Schicht sind wir 40 Kollegen. 100 Grad Hitze haben die Oefen. Oft genug verbrennen sich die Kollegen Gesicht und Hände. Nur widerwillig gehen wir zur Arbeit. Hundelohn, schlechte Behandlung, große Antreiberei, das ist das, was uns im Kapitalismus blüht. Die Herrschaft des Kapitalismus müssen wir stürzen, etwas anderes kann es nicht mehr geben. Wir wissen, daß dazu der Kampf der gesamten Arbeiterklasse gehört.



Teilansicht Stickstoff-Piesteritz

Aber jeder muß an seinem Platz seine Pflicht erfüllen und dort gegen den Ausbeuter kämpfen, wo er den Druck des Ausbeuters spürt.

Sklavenarbeit in der Karbidbrecherei

„Nur wenn wir uns wehren, werden wir die Arbeitsverhältnisse bessern"

A.-K. Mit 12 Mann in jeder Schicht arbeiten wir in der KCZ (Carbidbrecherei). Mit Brechstangen müssen wir wuchten, die Haut fliegt in Fetzen; alles für 67 Pfennig pro Stunde. Die Waschzeit ist weggefallen; Hautcreme gibt es auch nicht mehr. Die vorgeschriebene Arbeitsleistung ist kaum zu schaffen. Drei Mann sollen den Brecher bedienen, Pfannen holen und wieder wegschaffen. Ist einer krank, dann sollen die zwei alles schaffen.

Nur wenn wir uns wehren, können wir die miserablen Arbeitsverhältnisse ändern!

„Der Gewerkschaftsstratege öffnet uns die Augen"

Erfolge, die die Bürokraten nicht erwarteten

A.-K. Wir haben im Sortierlager einen freigewerkschaftlich organisierten Vorarbeiter, Döring heißt der Mann. Er betont stets, daß er ein tüchtiger Verbandsstratege ist. Er hat noch nicht das Geringste für uns herausgeholt, im Gegenteil, unter seiner Regie sind die Verhältnisse schlechter geworden. Früher gab es eine halbe Stunde Pause, heute nicht mehr. Alle kleinen Erleichterungen bei der Arbeit sind weggefallen. Döring will keinesfalls um seinen Posten kommen. Deshalb mutet er uns zu, noch mehr zu schuften für die erbärmlichen Löhne. Der Gewerkschaftsstratege Döring öffnet jedem Kollegen die Augen, daß er in die rote Einheitsfront gehört!

Lohnabbau wird mit Streik beantwortet

„Man setzt auf der Arbeit Sack und Seele zu"

A.-K. In der Stickstoff-Brecherei (Kalkstickstoff) ist die Arbeit von jeher eine Quälerei gewesen. Jetzt schimpfen alle Kollegen über den Wegfall der Prämien, und sie diskutieren über den bevorstehenden neuen Lohnabbau. Niemand will sich weiteren Lohnraub gefallen lassen. Ein Kollege erklärte: „Man setzt Sack und Seele zu bei der Arbeit".

Schutzanzüge bekommen wir läge" nicht mehr. 30 Prozent Prämie müßten wir haben für die Schufterei oder entsprechende Tariflohnläge. Die Stimmung ist so, daß wir Lohnabbau mit Streik beantworten werden.

Der Streik im Gummiwerk Elbe

Ein Durchbruch ist gemacht: „Wir müssen weiter kämpfen, sonst verhungern wir alle ..." Arbeiterinnen des Gummiwerks Elbe in der Streikfront

A.-K. Wir standen zusammen, 18 Arbeiterinnen mit unseren Kollegen, gegen den von der Werkleitung angedrohten Raub von 5 Prozent der Prämie. Die Forderung der Abteilung war: **Weiterzahlung des Prämiensatzes von 20 Prozent, restlose Wiedereinstellung der gemaßregelten Kollegen.**

In der ersten Abteilungsversammlung, wo der reformistische Betriebsratsvorsitzende versicherte, eine Arbeiterratssitzung durchzuführen, um über die Forderungen zu verhandeln, wurde der reformistische Verbandsvorsitzende Feustel telefonisch benachrichtigt. Feustel erklärte: „Eine Erweiterung der Streikfront kommt nicht in Frage, wir müssen verhandeln!"

Feustel versuchte durch allerlei Drohungen und Versprechungen die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieb zu bekommen. Da zeigte sich die glänzende Kampfstimmung der Kolleginnen. Einmütig erklärten sie, nicht einen Schritt zurückzuweichen.

Eine streikende Arbeiterin erklärte:

„Ich bekomme 18 Mark die Woche an Lohn ausgezahlt. Davon muß ich 5 Mark Miete und 3 Mark für die Bahnfahrt zur Arbeitsstelle bezahlen. Die übrigen 10 Mark stehen mir auch nicht einmal ganz für meinen Lebensunterhalt zur Verfügung, denn hiervon muß ich noch Lichtgeld usw. bezahlen. Ich halte beim Streik durch, denn wenn noch mehr abgezogen wird, kann ich nicht mehr existieren."

Ein Kollege berichtete:

„Ich habe auch nur 18 Mark Wochenlohn. Hiervon muß ich meine Mutter und meine erwachsene Schwester mit ernähren, die beide arbeitslos sind und keine Unterstützung erhalten, weil ich noch ein paar Groschen verdiene. Aber zum Streikbrecher werde ich trotzdem nicht! Wir müssen kämpfen, sonst verhungern wir alle!"

Abermals versuchte der Fabrikarbeiterverbandsbonze Feustel die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieb zu bringen; es soll keiner gemaßregelt werden. Es wäre doch besser, wenn alle die 5 Prozent opferten, als wenn einer von den Kollegen entlassen würde! Für einen Kollegen, der entlassen wird, mache der Verlust vielleicht 24 Mark die Woche aus, und die 5 Prozent Lohnabbau machen für einen Kollegen nicht so viel aus, als für einen Gemaßregelten, der auf dem Straßenpflaster bleibe. (!)

Aber auch dies nützte nichts; die Arbeiterinnen verlangten: Weiterstreiken!

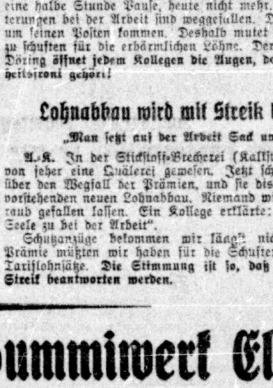
Die glänzende Kampfstimmung erhöhte sich, als die Streikenden selbst eine Streik- und Verhandlungssitzung im Streiklokal zur Aufführung brachten, wo sie den gewerkschaftlich organisierten Kollegen die Rolle des Gewerkschaftsbonzen Feustel vom Fabrikarbeiterverband und deren Streikbrecherrolle vor Augen führten!

Die Szene löste große Begeisterung aus. „So wie das dargestellt wurde, so ist das wirklich," sagten die Kollegen, „treffend habt ihr den Feustel charakterisiert."

Der Streik wurde abgebrochen!

Durch raffiniertes Verhandeln und durch Zerlegung der Streikfront gelang es dem Feustel noch einmal, einige Kolleginnen am Sonnabend zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bringen. Es wurde dann ein Beschluß gefaßt, den Streik abzubrechen.

Wir wissen, daß dieser Streik nur ein Anfang war, nur ein Aufflackern der Kampfstimmung im Betriebe, die nicht schwächer, sondern immer stärker wird. Wir Frauen werden stets an der Spitze der Streikenden marschieren, und wir ruhen und rasten nicht eher, bis wir die gesamten Ausbeuter beseitigt haben, bis wir das haben, was unsere Delegierte aus der Sowjetunion berichtete.



Gummibaron Gumbol

...stet zum Kampfmal!

Arbeiterschaft von Wittenberg-Piesteritz marschiert in der roten Einheitsfront

...Bossüner-Clique hat durch das Gewerkschaftskartell ...Manifest" herausgegeben. Der alte Karl Marx würde ...Grabe umdrehen, wenn er den Ukas dieser Burschen ...ht bekäme.

...rufen zum „Feiertag" auf. Es ist ja gerade ein ...s. Man will spazieren gehen und „feiern".

...Arbeiterschaft weiß die Manifestanten richtig einzu...

Warum haben denn die SPD-Gewerkschaftsbonzen ...Brandleristen in den Jahren der Mai-Kampftage ...nicht zu Demonstrationen aufgerufen?

...Arbeiterschaft vergißt nicht, daß ein Gewerkschafts...i Wittenbergs, als die Zörgiebel-Polizei 33 Proleten ...Mai 1929 in Berlin auf das Straßenpflaster streckte, ...Äußerung abgab: „Warum gingen sie denn auf die ...? Sie sind doch selbst schuld daran, daß sie ihr Leben ...ußten!"

...Plui-Teufel solchen Burschen!

...das ist die Sorte, die jetzt durch Manifeste zu Mai...ungen aufruft!

...die revolutionäre Arbeiterschaft in Wittenberg-...gibt es keine Mai-Feier. Für sie gibt es nur einen ...ampf-Mai.

...engraben, formiert die roten Bataillons gegen ...ss und Faschismus, gegen die imperialistischen ...reiber, für den Schutz der Sowjetunion, für revolu...Klassenkampf und Sozialismus!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0011

Programm – Schutz des Kapital

„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und bejaht den Aufbau unserer Wirtschaft im Hinblick auf ihre Organisationsformen, Klein-, Mittel-, Groß- und Riesenbetriebe, Syndikate, Truste. Hervorragendste und weltbekannteste Beispiele wahrer Unternehmer sind die wirklich großen Schöpfer unserer Schwerindustrie, wie Krupp, Kirdorff, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens, um nur wahllos einige zu nennen." (Aus dem Programm der NSDAP., S. 47.)

„Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen. Es bleibt uns daher nichts übrig, als uns an die Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden." (Aus: Bettelbrief der Nationalsozialisten an den Stuttgarter Großindustriellen Robert Bosch.)
„Ein Teil der in Gruppe Nordwest zusammengefaßten Unternehmer hat die Nationalsozialisten finanziert, jener Teil, der hofft, über Adolf Hitler und eine Inflation seine Schulden loszuwerden." (Erklärung Krupp von Bohlen-Halbach in Essen.)

„Aus der berufsständigen Solidarität ergibt sich die Ablehnung des Streiks." (Nazi-Theoretiker Feder.)
„Die Partei hat sich bereitzuhalten, um gegebenenfalls der Polizei im Kampf gegen die streikenden Bergarbeiter zur Verfügung zu stehen." (Befehl des Gauführers Terboven im Ruhrgebiet.)

„Ja, glauben Sie doch nicht, daß wir etwa den soliden Privatbankier ausschalten, auf seine Mitarbeit verzichten könnten. Im Gegenteil. Die Pflege des soliden Privatbankiers wird wesentlich zur Wiederbelebung des Personalkredits beitragen." (Nazi-Feder im Reichstag, 3. Dez. 31.)
„Die deutschen Juden sollten froh sein, durch eine nationalsozialistische Regierung die Sicherheit ihres Lebens vor der Vernichtung in der bolschewistischen Revolution zu erhalten." (Dr. Stark in einem offiziellen Buch des Münchner Nazi-Verlages.)

„Es wird Deutschland nicht schwerfallen, die Reparationen anzuerkennen und zu bezahlen. Nur muß Frankreich Deutschland gestatten, die Ausfuhr zu ermöglichen." (Hitler an den Korrespondenten der faschistischen italienischen Zeitung „Gazette del Popolo".)

„Genau so falsch ist die Behauptung, daß die NSDAP. den Großgrundbesitz zerschlagen wolle. Der Großgrundbesitzer ist in der Lage, mehr für die menschliche Ernährung geeignete Früchte abzugeben als der Bauer. Aus diesem Grunde ist der Großgrundbesitzer der Ernährer der Städte. Weiter aber ist nur der Großgrundbesitz in der Lage, die Wälder zu haben, die erforderlich sind, um die für Deutschlands immerhin armen Boden nötigen Niederschlagsmengen zu regeln." („Angriff", 14. November 1931. Dr. Schlange: „Programmatische Erklärung".)

„Ich werde keineswegs alle Notverordnungen Brünings rückgängig machen." (Erklärung Hitlers am 12. März gegenüber dem amerikanischen Korrespondenten Knickerbocker.)

„Ich würde mich als Sozialist darüber freuen, wenn die Bewegung der Nationalsozialisten von klaren, politischen Köpfen geführt würde, mit denen man Politik treiben und ein Stück auf dem Wege zum Wiederaufbau Deutschlands zusammengehen könnte." (Severing am 6. April 1932 in Hamburg.)

Irregeführte Nazi-Proleten, überzeugt euch selbst! Lest die Auszüge aus dem Programm der NSDAP., die Aussprüche der Führer des Hakenkreuzfaschismus! Verlaßt die Partei der Finanzkapitalisten, Großgrundbesitzer, der Streikbrecher, die Partei der Youngknechte und faschistischen Notverordnungsdiktatur!

Klassengenossen in Betrieb und Stempelstelle: das ist die NSDAP., die Partei der Todfeinde des werktätigen Volkes / Kämpft in roter Einheitsfront gegen den Faschismus von Hitler bis Severing

Wählt am 24. April die Liste der Kommunistischen Partei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320420-10/fragment/page=0012